



Antragsspiegel

Nr	Bezeichnung	Thema	Antragsteller
		LEITANTRÄGE	
1	LA 1	Für eine starke SPD in Köln Wir stellen uns auf für 2020....	UBV
2	LA 2	Unsere Visdon: Köln lebt im sozialen Veedel	UBV
		EUROPA und INTERNATIONALES	
3	E 1	Europa: Solidarität statt Austerität	Forum Europa Über UBV
		BILDUNG	
4	B 1	Gesamtschulen für die Veedel in Köln	OV Dünnwald und AfB
		KOMMUNALES – SOZIALES	
5	KS 1	Fahrradschnellwege in Köln	OV Braunsfeld- Müngersdorf
6	KS 2	Kölner Wohnungsmarkt	OV Nippes
7	KS 3	Grundversorgung mit Wohnungsangeboten in Köln	OV Nippes
8	KS 4	Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten	AsF Köln
9	KS 5	Flucht und Migration als ein Schwerpunkt der KölnSPD	AG Flucht u Migration Workshop Köln SPD UBV
10	KS 6	Steuerpolitik als Gerechtigkeitspolitik	AG Steuergerechtigkeit KölnSPD über UBV
		Friedens-Außen- Sicherheitspolitik	
11	F1	Nein zum Einmarsch der Türkei in Afrin	OV Ehrenfeld
12	F 2	Abrüsten statt Aufrüsten	OV Ehrenfeld
		Weitere THEMEN	
13	W 1	Saft-undBiertrinker schützen- Glyphosatwerte anpassen	OV Ehrenfeld
14	W 2	E-Sport als Sport anerkennen	Jusos Köln
		Organisationspolitisches/ Satzungsänderungen	
15	Org 1	Aufstellungsverfahren Wahlen	OV Lindenthal
16	Org 2	Sieben Orgpolitische Anliegen	OV Rodenkirchen/Weiß Hahnwald/Michaelshoven
17	Org 3	Diverse Satzungsänderungen	OV Bayental/ Marienburg Raderberg Raderthal

1
2

3
4
5



6
7
8
9

Mitglieder der Antragskommission

Innenstadt	Wolfgang Radic
Rodenkirchen	Rafael Struwe
Chorweiler	Eduard Lorenz
Nippes	Walter Schulz
Ehrenfeld	Benjamin Beltz
Porz	Thomas Hölsken
Mülheim	Vincent Morawietz
Kalk	Christian Robyns
Lindenthal	NN
UBV Vorschlag	Christiane Jäger
ÜBV Vorschlag	Barbara Lübbecke
UBV Vorschlag	Jusos Angelika Scherb
UBV Vorschlag	ASF Mario Sollbach

10
11
12

Wir sind bemüht die Voten der Antragskommission vor dem Parteitag digital nachzureichen



13

LA 1 Leitantrag a.o. UB-Parteitag der KölnSPD 3. März 2018	
Für eine starke SPD in Köln Wir stellen uns auf für die Wahlen 2020/2021/2022 Mit großer Mehrheit – wenige Gegenstimmen beschlossen	
Antragsteller:	UB-Vorstand
Weiterleitung an:	/

14

15

Für eine starke SPD in Köln

16

Wir stellen uns auf für die Wahlen 2020/2021/2022

17

18

19

Am 11. März 2017 hat der Parteitag der KölnSPD den neu gewählten Unterbezirksvorstand der KölnSPD beauftragt, für die Vorbereitungen der Wahlen 2020/2021/2022 eine Diskussionsgrundlage für die personelle und inhaltliche Aufstellung zu erarbeiten.

23

24

Wir wollen „qualifizierte, engagierte Menschen in und für die Politik gewinnen“ und wir wollen uns inhaltlich positionieren mit dem Anspruch der KölnSPD „als DIE Großstadt – und Volkspartei in Köln“.

27

28

In mehreren Etappen hat der Vorstand, zusätzlich zum Engagement bei der Landtagswahl im Mai und der Bundestagswahl im September, die Beratungen zur Aufstellung der SPD aufgenommen.

31

32

→ Der außerordentliche UB-Parteitag am 22. Mai diskutierte und positionierte sich zu mehreren bundespolitischen Themen

34

35

→ In seiner ersten Klausur im Juli 2017 startete der neu gewählte UB Vorstand mit den beratenden Gästen die Vorbereitungen für die Neuaufstellung der KölnSPD zu den Wahlen 2020f

38

39

→ Für und in der Oktoberklausur am 13./14.10. 2017 erarbeitete der Vorstand Elemente der Neuaufstellung der Köln SPD mit Aufgaben für das Arbeitsprogramm 2018, die Verbesserung der Kampagnefähigkeit, sowie den Rahmen der innerparteilichen Diskussion zur inhaltlichen und personellen Aufstellung der KölnSPD 2020/2021/2022

44

45

→ Den Mitgliedern und Vertretern der Ortsvereine wurde am 16. Oktober im Mitglieder offenen Parteirat der Stand der Diskussionsüberlegungen vorgestellt und zur weiteren Beratung in die Stadtbezirken, Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften überwiesen

49



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

50 → Die Vollversammlung der KölnSPD am 2. Dezember befasste sich außer einem
51 Meinungsaustausch zum Ausgang der Bundestagswahl in fünf Workshops mit
52 konkreten politischen Inhalten:

53 Europa; Technologischer Wandel und Sozialer Fortschritt; Digitalisierung;
54 Steuergerechtigkeit; Demokratie stärken; Köln - Stadt der Metropole und der
55 Veedel; Flucht und Migration; Kommunikation nach innen und außen.

56
57 Unser Ziel und unser Anspruch ist eine breite Debatte mit der Beteiligung vieler
58 Mitglieder aus allen Bereichen der Stadt.

59 **Ausgangslage in Köln**

60
61 Die aktuelle Politik in Köln ist geprägt von einer konservativen Ratsmehrheit aus
62 CDU, Grünen und FDP und einer angeblich überparteilichen Oberbürgermeisterin.
63 Die inhaltlichen Unterschiede werden vertuscht und überspielt und die Aktivitäten
64 beschränken sich auf öffentlichkeitswirksame Bürgerbeteiligungs“shows“ ohne
65 erkennbare Ergebnisse.

66
67 Das Bündnis kapituliert vor den großen Herausforderungen der wachsenden
68 Metropole Köln – zum Beispiel-:

- 69
- 70 - Kostenexplosionen bei Großprojekten
 - 71 - (sozialer) bezahlbarer Wohnungsbau rückläufig
 - 72 - Kein Konzept zur Bauflächenrekrutierung
 - 73 - Fehlende neue Schulen und Sanierungsstau bei bestehenden Gebäuden
 - 74 - Kein Konzept zum Klimaschutz
 - 75 - Keine Strategie zur Verhinderung von Dieselfahrverbote
 - 76 - Chaotische Verwaltungskommunikation z.B. bei den Themen Ebertplatz und
 - 77 Außengastronomie zu Karneval
- 78

79 An den politischen Entscheidungen der letzten Jahre wird deutlich: Es gibt Stadtteile, in
80 denen Menschen ihre Interessen lautstark vertreten und die bei Schwarz/Grün/Gelb Gehör
81 finden. Und es gibt Stadtteile, in denen die dort lebenden Menschen ihre Interessen nicht
82 oder nur in geringem Maße in die Diskussion einbringen können. Diese Stadtteile werden
83 vernachlässigt, über die Menschen wird hinweg regiert.

84 Im Ergebnis wird die gesellschaftliche Spaltung in der Stadt gefördert, eine zunehmende
85 Anzahl von Menschen fühlen sich abgehängt; statt mehr Miteinander gibt es mehr
86 Gegeneinander und Gleichgültigkeit.

87
88 „Privat vor Staat“ scheint immer mehr der Weg von Oberbürgermeisterin und der sie
89 tragenden Parteien zu sein.

- 90
- 91 - Ohne Not wird die städtische Wirtschaftsförderung zerschlagen, um sie zu
 - 92 privatisieren.
 - 93 - Im Gesundheitswesen droht der Ausverkauf städtischer Kliniken in
 - 94 Windeseile, ohne betroffene Beschäftigte zu Beteiligten zu machen
- 95

96 **Das heisst für uns: Die Menschen in dieser Stadt brauchen die SPD. Sie brauchen**
97 **eine solidarische und eine faire Politik, die die Bedürfnisse und Interessen aller**
98 **berücksichtigt.**



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

99 Und sie brauchen eine Politik, die sich den Herausforderungen stellt und
100 lösungsorientiert die Themen und die Aufgaben anpackt.



101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149

Unser Weg zur Kommunalwahl 2020

1. Unser inhaltliches Angebot – Der Weg zum Kommunalwahlprogramm

Köln ist eine stetig wachsende Stadt. Als solche steht sie in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen – dazu gehören der noch stärker angespannte Wohnungs- und Büromarkt, die veränderten Bedarfe an Mobilität, eine ausreichendes und qualitätsvolles Angebot bei der Kinderbetreuung, bei den Schulen und in der Weiterbildung und die vielfältigen Probleme von armen Stadtteilen. Die Köln SPD will sich diesen Herausforderungen stellen und die Aufgaben beherzt anpacken. So freuen wir uns über das Wachstum der Stadt und begrüßen alle Neu-Kölner*innen herzlich. Dennoch bedeutet Wachstum auch Veränderung. Köln wird und muss sich verändern, um den neuen Situationen gerecht zu werden. Dabei zeigt sich seit langem, dass die Sozialdemokratie diejenige Kraft ist, die Gestaltungswillen zeigt und Antworten auf die drängendsten Fragen im Dialog erarbeitet und präsentiert.

2. Köln ist Metropole und Kaffeepad

Die KölnSPD begreift Köln als Metropolstadt mit über einer Millionen Einwohner und den Herausforderungen der Urbanität ebenso wie Stadt als Heimat für die Menschen in den Veedeln mit der „Kaffeepad“ als Ort der Begegnung und des Austauschs. Wir sind überzeugt, nur, wenn wir unsere Quartiere, unsere Veedel, auch als Heimat vor der Haustüre begreifen, wenn wir die Begriffe Wohnen, Bildung, Infrastruktur, Mobilität und Arbeit gemeinsam denken, schaffen wir es, unsere Stadt zukunftsfest zu gestalten. Unser Anspruch bleibt: Wir wollen ein Köln für ALLE.

3. Wie wir uns den Weg der Programmentwicklung vorstellen (Elemente)

Um sich auf mögliche Veränderungen einzustellen, Lösungsansätze zu entwickeln und politische Positionierungen zu erarbeiten, wollen wir Veranstaltungen mit zentralen Fragestellungen der Zukunft frühzeitig aufgreifen und behandeln. Wir stellen uns vor diese Veranstaltungen in einem Turnus von circa zwei Monaten, die als Austausch- und Diskussionsplattform dienen, anzubieten, um über aktuelle Entwicklungen im Bereich Stadtentwicklung und städtisches Zusammenlebens zu sprechen. Ziel ist es zum Einen, einen Dialog anzustoßen, der Bürgerinnen und Bürger ebenso mit einbezieht wie Parteimitglieder, zum Anderen soll eine Vision einer modernen Stadt Köln entwickelt werden. Wichtig dabei ist, dass sowohl Partei als auch Bürgerschaft auf diese Vision vorbereitet werden und diese mittragen. Forderungen, Denkanstöße und Ideen, die in diesem Prozess entstehen, können sowohl Teil des Kommunalwahlprogramms 2020 werden, als auch in der laufenden Wahlperiode des Rates von der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln aufgegriffen werden.



150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191

Nach jeder Veranstaltung sollen die Impulse festgehalten werden und bei Bedarf in Arbeitskreistreffen weiter diskutiert werden. Am Schluss sollen Konzepte stehen, die von einer breiten Mitgliedschaft getragen werden, einem Dialogprozess unterliegen und durch die Mitwirkung verschiedener Input-Geber bereits gut ausgereift sind und wesentliche Bestandteile des Kommunalwahlprogramms werden sollen. Hierin liegt der Mehrwert der Reihe, die den inhaltlichen innerparteilichen Diskurs beleben kann.

Für die Veranstaltungen wollen wir Referenten* gewinnen, die über Parteibindung hinaus Experten auf den jeweiligen Gebieten sind und einen Input von außen geben können. Wichtig ist, dass bei den Veranstaltungen ergebnisoffen und ohne Schranken im Kopf diskutiert wird. Im Fokus soll eine zukunftsfähige Stadt Köln stehen.

Die inhaltliche Ausgestaltung der einzelnen Veranstaltungen soll von den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes übernommen werden und in Kooperation mit den Foren, Arbeitskreisen, Arbeitsgemeinschaften und der Ratsfraktion erarbeitet werden.

4. Unser Zeitplan für die inhaltliche Diskussion

Unser Kölner Programmprozeß wird in öffentlichen Veranstaltungen zu der die Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden durchgeführt.

Wünschenswert ist es, wenn in jedem Ortsverein, mindestens in jedem Stadtbezirk eine verantwortliche Person als AnsprechpartnerIn den Prozeß begleitet.

Bis Ende 2018 ist jeder Stadtbezirk aufgerufen eine Sitzung durchzuführen , bei der die Veedelskonferenz für 2019 miteinander besprochen und geplant werden. Insbesondere sind alle Mandatsträger*innen und Funktionäre sowie mögliche Interessierte für eine Kandidatur in 2020 in die Vorbereitungen und die spätere Umsetzung einzubeziehen.

Unser Ziel: Mindestens eine Veedelskonferenz wird je Ratswahlkreis in 2019 durchgeführt, weitere Angebote in den Veedeln werden begrüßt.

Der Prozeß wird vom UB-Vorstand der Köln SPD mit der AG Veedel intensiv begleitet. Die AG-Veedel des UB-Vorstand wird einen Methodenkoffer zur Durchführung von öffentlichen Veedelskonferenzen entwickeln und Schulungen auch zur Qualifizierung anbieten.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

192 **5. Unser personelles Angebot – Der Weg bis zur Nominierung der Männer** 193 **und Frauen zu den Wahlen**

194
195
196 Die KölnSPD hat sich zu den Wahlen in 2020/2021/2022 vorgenommen, in den
197 Parlamenten „jünger, weiblicher und bunter“ vertreten zu sein.

198
199 Diese Schlagworte bedeuten, dass wir als echte Volkspartei bei unserer personellen
200 Aufstellung möglichst viele Berufe und Berufsbilder – Akademikerinnen*,
201 Handwerkerinnen*, Angestellte, Beamte, Selbstständige, Arbeiterinnen* und andere -
202 Männer und Frauen, Ältere und Jüngere, Homo- und Heterosexuelle **Heterosexuelle**
203 **und jegliche Menschen aus dem LGBT-Spektrum**, hier Geborene und
204 zugewanderte Menschen, und die Vielfalt der neun Stadtbezirke **und**
205 **Arbeitsgemeinschaften**, berücksichtigen. Und gewiss wollen wir auch, dass unsere
206 Kandidatinnen und Kandidaten sich qualifizieren (können), um in den
207 Wahlauseinandersetzungen, aber auch in den angestrebten Mandaten erfolgreich
208 handeln zu können.

209
210 Wir wollen gemeinsam einen transparenten innerparteilichen Diskussionsprozess mit
211 und in allen Ortsvereinen, Stadtbezirken, Arbeitsgemeinschaften und Fraktionen in
212 Rat und Bezirksvertretungen in Gang setzen.

213
214 **Um eine glaubhafte Erneuerung der Partei zu ermöglichen und um junge und**
215 **qualifizierte Sozialdemokratinnen* in Entscheidungsprozesse dieser Partei mit**
216 **einzubinden, will die KölnSPD, dass von allen Delegierten, Kandidatinnen* für Ämter**
217 **und Mandatsträger* die in oder aus Köln aufgestellt werden 30% unter 35 Jahren alt**
218 **sind. Ist dies nicht möglich, muss der Unterbezirksvorstand die Möglichkeit einer**
219 **Ausnahme prüfen.**

220
221 Für diesen Austauschprozess hatte der UB Vorstand im Herbst 2017 ein erstes
222 Diskussionspapier mit einer Kriteriensammlung erarbeitet und den Gliederungen zur
223 Verfügung gestellt. Vor der Sommerpause 2018 soll das erste Ergebnis der
224 Diskussionen vorliegen und damit die Grundlage für unsere Personalfindung bilden.

225
226 **Die KölnSPD setzt sich zur Kommunalwahl 2020 das Ziel einer deutlichen**
227 **Verjüngung der SPD-Ratsfraktion.**

228 229 230 **6. Unser zeitlicher Fahrplan für die inhaltliche und personelle Aufstellung**

231
232 Unser Ziel: Ein starkes inhaltliches Programm und überzeugende Kandidatinnen und
233 Kandidaten, die auf der Grundlage unserer Werte und unserer Inhalte für Vertrauen
234 und Mehrheiten bei den Wahlen um die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger
235 kämpfen.

236
237 Wir nehmen uns insgesamt ein Jahr Zeit für die Diskussion mit den Mitgliedern in
238 den Gliederungen und den Fraktionen von Rat und Bezirksvertretungen.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

240 Für den Herbst 2019 wird ein ordentlicher Parteitag vorgesehen, der das
241 Kommunalwahlprogramm beschließt und politische Nominierungen vornehmen kann.
242 Die rechtlich verbindliche Nominierung von Ratskandidatinnen und –kandidaten,
243 sowie der Reservelisten für den Stadtrat und die Bezirksvertretungen erfolgt im I.
244 Quartal 2020.

245
246 Nominierungen für die Kandidaturen zum Deutschen Bundestag 2021 planen wir im
247 Rahmen der wahlrechtlichen Fristvorgaben in Abhängigkeit der Festlegung des
248 Wahltermins.

249 Für das Auswahlverfahren (konkreter Zeitplan, Vorstellungsverfahren von
250 Kandidaten* in den Gliederungen und anderes) wird die KölnSPD bis Frühjahr 2020
251 unter Einbeziehung der Gliederungen einen transparenten Fahrplan verabschieden.

252
253
254 Rechtsverbindliche Nominierungen für die Kandidaturen zum Landtag NRW 2022
255 planen wir im Rahmen der wahlrechtlichen Fristvorgaben in Abhängigkeit der
256 Festlegung des Wahltermins.

257 Für das Auswahlverfahren (konkreter Zeitplan, Vorstellungsverfahren in den
258 Gliederungen und anderes) wird die KölnSPD nach der Kommunalwahl 2020 unter
259 Einbeziehung der Gliederungen einen transparenten Fahrplan verabschieden.

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

276

277

278

279

280

281

282



283

LA 2 Leitantrag a.o. UB-Parteitag der KölnSPD 3. März 2018	
Unsere Vision: Köln lebt im sozialen Veedel. Mit großer Mehrheit – wenige Gegenstimmen beschlossen	
Antragsteller:	UB-Vorstand
Weiterleitung an:	/

284

285 Der Parteitag möge beschließen

286 **Das soziale Veedel ist der Kitt Kölns.**

287 Köln ist Millionen-Stadt. Als viertgrößte Stadt der Bundesrepublik und größte
288 Kommune des bevölkerungsreichsten Bundeslandes ist Köln in einer
289 herausgehobenen Lage. Die Geschichte, Lage und Bedeutung bspw. als
290 Medienstadt macht Köln zu einem wichtigen Bezugspunkt in Europa.

291 Doch genauso wichtig wie die vielen Leuchtturm-Einrichtungen der Stadt sind die
292 Veedel Kölns. Die Stadt ist auch ein Stück weit eine Anhäufung vieler **kleinerer und**
293 **größerer Veedel** kleiner Dörfer, in denen sich unser Leben abspielt. Das Büdchen
294 auf der Ecke, der Platz im Veedel und der Sportverein sind wichtige Bezugspunkte
295 von vielen.

296 Als KölnSPD verstehen wir uns als Volkspartei, die beides kann: Großstadt und
297 Veedel. Wir können den Spagat zwischen Kaffeebud und Metropole, weil wir
298 verankert sind: Vor Ort und überregional. Für uns ist das Gelingen des
299 Zusammenlebens im Veedel Voraussetzung für eine funktionierende Großstadt. Wir
300 verstehen das soziale Veedel als Kit Kölns.

301 Im Folgenden beschreiben wir grob das Ideal eines sozialen Veedels. Mit der
302 Debatte über diese Vision starten wir einen kölnweiten Dialog-Prozess. Wir fragen
303 unsere Nachbar*innen: Was fehlt bei uns im Veedel? Was kann unternommen
304 werden, um unseren Stadtteil zum sozialen Veedel werden zu lassen? Aus den
305 Diskussionen entwickeln wir Visionen für unsere Veedel und Köln, die wir Wirklichkeit
306 werden lassen wollen.

307 Was unsere sozialen Veedel ausmachen soll.

308

309 **Das soziale Veedel wohnt in der Nachbarschaft:**

310



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

311 Es gibt gemischte Eigentumsformen und Mietniveaus. Wohnungsgesellschaften wie
312 die GAG und WSK bleiben dafür in öffentlicher Hand. Der Bestand an öffentlichen
313 und genossenschaftlichen Wohnungen wird erhöht. Bei der klimagerechten
314 Sanierung von Wohnungsbeständen werden alle Entwicklungsziele des Veedels
315 betrachtet: von barrierearm über klimagerecht zu bezahlbar und lebenswert. Das
316 soziale Veedel initiiert Kooperation von Verwaltung, Politik, Wohnungs- und anderer
317 Wirtschaft sowie den Anwohner*innen, damit Veedelsverantwortung entsteht.
318 Mieterbeiräte als Instrument für Mitbestimmung und für nachbarschaftlichen
319 Zusammenhalt werden gestärkt.

320 Öffentliche Flächen im Veedel brauchen eine bedarfsgerechte Gestaltung und
321 werden nicht verkauft. Denkbar wären auch Miet- oder Pachtverträge sowie
322 Veräußerungen im Rahmen von Konzeptvergaben, **bei der ein Rückkaufsrecht der**
323 **Stadt stets anvisiert werden sollte**

324 Es gibt aktive Angebote an bestehende Mieter*innen, Wohnungstauschbörsen und
325 Umzugshilfen, um einen Umzug innerhalb des sozialen Veedels in eine den
326 Anforderungen entsprechende Wohnung zu ermöglichen. Pflege-, Gesundheits-,
327 Bildungsangebote im sozialen Veedel werden mitgedacht und durch die
328 Wohnungsinhaber, die öffentliche Hand und weiterentwickelte, integrierte
329 Förderprogramme unterstützt.

330 Das soziale Veedel organisiert eine bessere Beteiligung der Bürger*innen bereits bei
331 ersten Planungsszenarien zur Klärung der Bauaufgabe, um einen Veedelsbezug
332 beim baulichen und planerischen Wettbewerb zu etablieren. Im sozialen Veedel gibt
333 es Gemeinschaftsräume für ehrenamtliches Engagement und Begegnung.

334 „Integration findet vor allem im Veedel statt. Hier sind die Veedelsstrukturen aus
335 Bildung, Sport und Ehrenamt sinnvoll miteinander zu vernetzen, um gelingende
336 Integration zu ermöglichen.“

337 Vielfältige, parallele Nutzungen ermöglichen Austausch und Lebensqualität.
338 Öffentliche Räume sind ansprechend zu gestalten und zu pflegen. Sie sind für alle
339 Personen zugänglich und werden von den Nachbarschaften in der Planung,
340 Realisierung, Pflege und Erhaltung begleitet. Die SPD hatte im Wahlprogramm 2014
341 und später im Rat schon ein Plätzeprogramm „Manifest des Veedelsplatzes“ initiiert
342 .Leider scheiterte die Umsetzung der Idee bisher an der konservativen Ratsmehrheit

343 **Das soziale Veedel lebt mit Infrastruktur und Dienstleistung**

344 Es braucht neue Bündnisse für die veedelsnahe Versorgung. Gezielt benötigte
345 Angebote siedeln wir durch bspw. preiswerte Mieten an. Die Gründung und
346 Ansiedlung von Genossenschaften aus dem sozialen Veedel heraus werden aktiv
347 begleitet und gefördert.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

348 Zur erforderlichen Infrastruktur gehört auch die flächendeckende Sicherstellung
349 moderner Möglichkeiten der Digitalisierung wie insbesondere den Ausbau von
350 Glasfasernetzen.

351

352 Wir nutzen Innovationen im Bereich der Mobilität. Infrastruktur und Versorger werden
353 gezielt in das ÖPNV-Netz eingebunden, bei Neuansiedlungen ist Anbindung an
354 ÖPNV-Haltestellen gewährleistet.

355 Gemeinsam werden fehlende Angebote identifiziert und initiiert. Soziale Arbeit wird
356 veedelsbezogen gezielt gefördert: Angebote für Kinder und Jugendliche, ambulante
357 Pflege, Pflegewohnungen und Senioren-WG mit Betreuung werden weiter
358 ausgebaut. Das soziale Veedel schafft Möglichkeiten der Begegnung in Form von
359 Nachbarschaftstreffs- und -häusern, Begegnungs- und Bürgerzentren. Jedes soziale
360 Veedel in Köln braucht einen solchen Raum als Ort des lokalen Miteinanders.

361 **Das soziale Veedel braucht Bildung.**

362 Köln braucht noch höhere Investitionen in Bildung **und Bildungsinfrastruktur** ,
363 insbesondere in benachteiligten Veedeln. Um gleiche Bildungschancen zu erreichen,
364 sind Veedel, die im Bildungsbereich einen höheren Bedarf haben, entsprechend
365 stärker zu fördern.

366 Das soziale Veedel denkt über Zuständigkeitsgrenzen hinweg und stellt Kinder und
367 Jugendliche in den Mittelpunkt der Bildungskette. Lokale Bildungslandschaften
368 müssen im sozialen Veedel gedacht und gelebt werden, :“... von der Wiege über
369 Schule und Hochschule bis hin zum lebenslangen Lernen.“

370 Wir gestalten die Kindertagesstätten und Schulen als Lernorte, die
371 Chancengerechtigkeit unabhängig von Herkunft und Bildungsstand der Eltern
372 fördern. Wir bauen die U3- und Ü3-Betreuung insbesondere in benachteiligten
373 Stadtteilen aus. Wir schaffen noch mehr veedelsbezogene Schulen im
374 Ganztagsbetrieb vor allem in Veedeln mit ungünstigem Sozialindex und schaffen so
375 Kreativangebote, Bewegung und unterstützende Bildungsmaßnahmen. Schulen
376 werden zu offenen Begegnungsstätten des soziales Veedels entwickelt und für
377 lebenslanges Lernen genutzt. Entsprechend sind öffentliche Bildungsangebote
378 dezentral im sozialen Veedel verankert (Volkshochschule, außerschulische politische
379 Bildungsarbeit, etc.).

380 **Das soziale Veedel bietet Arbeitsplätze und fördert die lokale Wirtschaft**

381 Die Nachbarschaft von Wohnen und Arbeiten wird gestärkt, Konflikte werden
382 gemeinsam gelöst. Kooperation Kooperationen bekämpfen Leerstand und entwickeln
383 Konzepte und Initiativen für Nutzungen, die das Veedel stärken.

384



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

385 Die Ansiedlung von Unternehmen mit Veedelsbezug wird unterstützt und die
386 Bereitschaft der lokalen Wirtschaft, an der Entwicklung des Veedels mitzuwirken,
387 gestärkt.

388 Öffentliche Wirtschaftsbereiche richten wir in ihrer unternehmerischen Positionierung
389 an sozialen Kriterien und der Entwicklung des Veedels aus.

390 **Das soziale Veedel ist mobil.**

391 Mobilität ist Teil der Entwicklung des sozialen Veedels und ermöglicht Teilhabe am
392 öffentlichen Leben von Köln. Dafür braucht es integrierte Mobilitätskonzepte in
393 Kooperationen zwischen Verwaltung, Veedel, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die
394 gemeinsam geplant und umgesetzt werden. Negative Effekte der Mobilität wie Lärm,
395 blockierte Straßen und Gehwege minimieren wir dadurch und werten den
396 öffentlichen Raum auf. Dazu werden Tempo-30-Zonen ausgebaut,
397 Begegnungszonen in verkehrsberuhigten Straßen und Fußgängerüberwegen
398 geschaffen.

399 Wir brauchen auch die Entwicklung intelligenter Konzepte für den Anlieferverkehr.

400 Soziale Veedel sind gut an das Netz öffentlicher Verkehrsmittel angebunden. Die
401 Preisgestaltung des ÖPNV wird einfacher und verständlicher, sie berücksichtigt
402 soziale Komponenten. Mit besseren Informationen über Verbindung, Abfahrt,
403 Verspätung, alternative Routen und Lage der Haltestellen sowie Aufzügen und
404 Plätzen für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen erleichtern wir den Zugang zum
405 ÖPNV. Gerade im sozialen Veedel muss die aktive Mobilität mit dem Fahrrad
406 möglich sein. Breite Fußwege erlauben eine bieten Raum für Begegnung für die
407 Menschen im sozialen Veedel.

408 **Das soziale Veedel hat Lebensqualität**

409 Für ein Wohlfühlen im sozialen Veedel sind Gesundheitsversorgung, kulturelle
410 Angebote, Sport und Grünflächen unerlässlich.

411 Eine flächendeckende Versorgung mit Ärzten, Krankenhäusern, Apotheken,
412 (ambulanten) Pflegeeinrichtungen und einer wohnortnahen Versorgung mit einem
413 Angebot an Vollversorgern und einem attraktiven lokalen Einzelhandel sowie
414 lebendigen und vielfältigen Wochenmärkten sind im sozialen Veedel genauso
415 lebensnotwendig wie ein breit verankerter Raum für Freizeit und Freigeist.

416 Ein Gemeinschaftsgefühl stellt sich insbesondere durch ein (wechselseitiges)
417 kulturelles Erleben ein. Um es mit Johannes Rau zu sagen: Kultur ist nicht das
418 Sahnehäubchen auf dem Kuchen, sondern die Hefe im Teig. Das soziale Veedel hat
419 Räume für Kultur vom Kino, Atelier, Proberäume über die Galerie bis zum Theater,
420 temporäre Zwischennutzungen und Club.

421



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

422 Der Sport ist die größte Massenbewegung in der Stadt. Bewegung hält gesund und
423 bildet einen wichtigen Bezugspunkt für das Miteinander im sozialen Veedel. Daher
424 sind Sportvereine und auch freie Bewegungsangebote vorhanden und werden aktiv
425 gefördert und in die lokalen Entwicklungen einbezogen. Die Infrastruktur für den
426 Sport wird entsprechend den Bedürfnissen der wachsenden Stadt ausgebaut er
427 Sport schafft informelle Sicherungssysteme, ist Motor der Integration und hält ein
428 breites Angebot für alle vor.

429 Das Leben in der Stadt braucht Auszeiten und Abkühlung. Für das gute Leben hält das
430 soziale Veedel Grünflächen bereit, um Erholung und Ausgleich zum verdichteten
431 Großstadtleben zu ermöglichen. Dabei sind Parks und Wiesen keine Flaniermeilen für
432 Bessergestellte, sondern Aufenthalt- und Begegnungsflächen der lokalen Gemeinschaft und
433 für alle zugänglich. Jedes soziale Veedel in Köln braucht gute Grünflächen.

434 **Das soziale Veedel ist aktiv**

435 Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung sind klar zu definieren. Die
436 Kooperation vielfältiger Netzwerkstrukturen wird gezielt gefördert. Milieu- und
437 gruppenübergreifende Zusammenarbeit durch Politik und Verwaltung kommt nicht
438 von alleine, sondern braucht aktive Ansprachen. Dazu braucht es auch finanzielle
439 Mittel zur Begleitung und Qualifizierung ehrenamtlichen Engagements. Mit der
440 Bereitstellung von Räumen und Sachmitteln sowie Unterstützung bei Akquise
441 finanzieller Ressourcen und Qualifizierung werden verlässliche Rahmenbedingungen
442 dafür geschaffen.

443 Das soziale Veedel hat feste Ansprechpartner*innen in Form von
444 Veedelsmanagement und kommunaler Verwaltung. Sozialraumkoordinator für jedes
445 Quartier sind unser Ziel. Bedürfnisse, Interessen und lokales Expertenwissen der
446 Bewohner*innen und Akteur*innen werden bei der Weiterentwicklung des sozialen
447 Veedels eingebunden. Hierfür sind offene und transparente Gestaltung von
448 Entscheidungs- und Beteiligungsprozessen notwendig. Verschiedene
449 Herangehensweisen gewährleisten Beteiligungsprozesse durch frühzeitige
450 Einbindung der Bewohner*innen (Living Labs, aufsuchende Beteiligung,
451 Stellvertreter*innen).

452 **Das soziale Veedel hat Raum für gemeinsame Gestaltung**

453 Das soziale Veedel entwickelt individuelle Konzepte gemeinsam mit Verwaltung,
454 Politik und Bewohner*innen, setzt sie gemeinsam um und evaluiert diese. Dafür
455 sichert die Kölner Stadtverwaltung eine finanzielle Mindestausstattung des
456 Veedelsmanagements unabhängig von Förderprojekten. Das Veedelsmanagement
457 wird in seiner Moderationsfunktion fortlaufend qualifiziert und die Verwaltung sichert
458 durch feste Ansprechpartner*innen eine effektive Zusammenarbeit. Das soziale
459 Veedel nutzt Förderprogramme, stimmt diese besser aufeinander ab und schafft so
460 eine größere Wirkung vor Ort.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

461
462
463



464

E 1- einstimmig mit Änderungen

Europa: Solidarität statt Austerität

Antragsteller: Europaforum Köln SPD über UB-Vorstand

Weiterleitung an: Landesparteitag NRW SPD

465

466

467 Der Parteitag möge beschließen

468

469 In den letzten Jahren haben sich immer mehr Bürger von der Europäischen Union
470 abgewendet. Einer Union, die in wichtigen Fragen uneinig wirkt, die scheinbar nur
471 einigen wenigen nützt, die einseitig auf Marktliberalisierung und
472 Kapitalverkehrsfreiheit setzt und in der der Solidarität zwischen Stärkeren und
473 Schwächeren scheinbar kein eigener Wert zukommt. Diese Entwicklung ist
474 gefährlich: sie untergräbt nicht nur die Akzeptanz einer Institution; sie bedroht das
475 europäische Gesellschafts- und Sozialmodell insgesamt.

476

477 Ein Kurswechsel tut Not. Die Sozialdemokratie in Europa hat sich in den letzten
478 Jahren zwischen die Alternativen neoliberalen Markteuropa auf der einen und den
479 Rückzug in die Grenzen nationalstaatlicher Politik auf der anderen Seite zwingen
480 lassen. Aber diese Alternativen sind beide auf Dauer schlecht für die arbeitenden
481 Menschen in Deutschland und in Europa. Wir wollen endlich einen Neuanfang für ein
482 neues, ein sozialeres und demokratischeres Europa.

483

484 Die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion müssen beseitigt und
485 die EU zu einer politischen Union mit einer starken sozialen Dimension
486 weiterentwickelt werden. Europa muss auf Solidarität und Investitionen statt auf
487 Austerität setzen. Wir brauchen gemeinsame Sozialstandards, die an die
488 Lebensbedingungen, die wirtschaftliche Kraft und die sozialstaatlichen Traditionen
489 der jeweiligen Länder und Regionen anknüpfen, aber zugleich zur sozialen und
490 wirtschaftlichen Konvergenz beitragen. Ein solches Europa und die damit
491 verbundenen Anstrengungen und gegenseitigen Verpflichtungen werden sich aber
492 nur durchsetzen lassen, wenn die Menschen umfassend mitbestimmen können.
493 Ohne Demokratisierung keine Vertiefung!

494

495 Konkret fordern wir:

496

I. **Arbeit und Soziales – Europas Akzeptanz steht auf dem Spiel**

- 498 - Wir wollen verbindliche Mindeststandards im Bereich der Sozialpolitik, wie
499 z.B. gemeinsame Prinzipien bei der Festsetzung nationaler Mindestlöhne
500 (z.B. in Abhängigkeit von nationalen Durchschnittseinkommen oder
501 Rentenniveaus). Es kann nicht sein, dass Arbeitnehmer aus
502 verschiedenen europäischen Ländern weiter gegeneinander ausgespielt
503 werden.
- 504 - Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit braucht es europäische
505 Programme zur Förderung von Ausbildung und Qualifizierung in



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

- 506 Krisenländern (z.B. finanzielle Beihilfen zur Einführung von dualen
507 Ausbildungssystemen).
- 508 - „Mitbestimmungsdumping“ muss aufhören. Wir brauchen gemeinsame
509 Regeln für die effektive und grenzüberschreitende Mitbestimmung von
510 Arbeitnehmern. Es gibt keinen Grund für nationale Parzellierung von
511 Arbeitnehmervertretungen in transnationalen Unternehmen, die in einem
512
513 gemeinsamen Markt agieren. Europäische Betriebsräte müssen echte
514 Mitbestimmungsrechte bekommen.
- 515 - Die Entsenderichtlinie muss überprüft, um Mißbrauchstatbestände
516 erweitert und diese müssen effektiv sanktioniert werden. Solange keine
517 hinreichende Konvergenz von Arbeits- und Lebensbedingungen gegeben
518 ist, werden Arbeitnehmerfreizügigkeit und Entsendung (mit
519 sozialversicherungsrechtlichen Befreiungen) ansonsten vielfach zum
520 Zwecke des Sozialdumpings missbraucht.
- 521 - Einheitliche und hohe Mindeststandards im Bereich des Arbeitsrechts
522 müssen ausgebaut werden, z.B. beim Kündigungsschutz. Nationale
523 Standards des Arbeitnehmerrechts und der Arbeitnehmermitbestimmung
524 dürfen durch europäische Gesetzgebung nicht abgesenkt werden.

525 **II. Steuern und Haushalt – Solidarität ist keine Einbahnstraße**

- 526 - Wir brauchen eine vom Europäischen Parlament gewählte Europäische
527 Wirtschaftsregierung, die eine gemeinsame Wirtschaftspolitik
528 verantwortet. Einen europäischen Finanzminister, der nur den bisherigen
529 Austeritätskurs ohne volle demokratische Verantwortung gegenüber dem
530 europäischen Parlament noch machtvoller durchsetzt, wird zum
531 Totengräber der EU. Fiskalische ohne demokratische Kontrolle lehnen wir
532 ab.
533
- 534 - Die Länder der Eurogruppe sowie die Länder, die dazu bereit sind, sollten
535 notfalls im Wege der verstärkten Zusammenarbeit verbunden mit
536 umfassender Kontrolle durch das europäische Parlament im Bereich einer
537 einheitlichen Finanz- und Steuerpolitik vorangehen. Wer nicht mitmacht,
538 kann auch nicht von gemeinsamen Ausgaben profitieren (z.B.
539 Investitionsprogrammen, Kohäsions- und Strukturfonds,
540 Transfermechanismen der Währungs- und Geldpolitik etc.).
- 541 - Die Finanztransaktionssteuer muss endlich kommen.
- 542 - Ertragssteuern sind dort zu erheben, wo Wertschöpfung stattfindet (und
543 insbesondere dort, wo Arbeitnehmer beschäftigt werden). Dies funktioniert
544 nur, wenn die EU maßgeblich durch das europäische Parlament
545 verantwortete Zuständigkeiten im Bereich der direkten Steuern bekommt,
546 damit sie Kohärenz der nationalen Steuersysteme aktiv fördern und
547 Steuerdumping vorbeugen kann. Bilaterale Vereinbarungen
548 (Doppelbesteuerungsabkommen) müssen durch europäische Regeln
549 ersetzt werden, um Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten zu
550 beenden. Die Regeln zur Begrenzung der Gewinn- und
551 Verlustverschiebung müssen weiter präzisiert und verschärft werden. Für
552 die Einhaltung und Durchsetzung dieser Regeln sollten nicht (nur) die
553 nationalen Steuerbehörden, sondern (auch) die EU-Kommission zuständig

Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

- 554 sein. Wie die Apple/Starbucks/Amazon-Fälle zeigen, ist nur durch eine
555 übergeordnete Instanz eine effektive Durchsetzung gewährleistet.
556 - Die gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage muss endlich
557 kommen. Die vorliegenden Vorschläge gehen nicht weit genug und
558 müssten um wesentliche Aspekte ergänzt werden (z.B. EU-weit gleiche
559 Abschreibungsmöglichkeiten, Höchstgrenzen zur steuerlichen
560 Abzugsfähigkeit von Managervergütungen, in Abhängigkeit von den
561 untersten Lohngruppen im jeweiligen Unternehmen).
562 - Wir brauchen mittelfristig EU-weit verbindliche Mindeststeuersätze.
563
564 - Ausnahmetatbestände im Umsatzsteuerrecht müssen radikal reduziert
565 und vereinheitlicht werden, um Umgehungen und Betrügereien
566 vorzubeugen.
567 - Es sollten EU-weite Höchstsätze bei Umsatzsteuern vereinbart werden.
568 Die schleichende Umverlagerung von Unternehmens- und Ertragssteuern
569 auf Umsatzsteuern in den letzten Jahrzehnten ging zu Lasten der
570 einkommensschwächeren Bevölkerungsteile. Dieser Trend muss
571 europaweit gestoppt werden.
572

573 **III. Investitionen und Wachstum statt Austeritätspolitik**

- 574
575 - Europa braucht eine Abkehr von der sozial verheerenden Austeritätspolitik
576 insbesondere in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit. Es müssen andere,
577 neue Wege gefunden werden, um die öffentliche Verschuldung in ein
578 ausgewogenes Verhältnis zur Wirtschaftsleistung und zum öffentlichen
579 Vermögen zu bringen (Schuldenerlass, Vermögensabgaben, Fonds- bzw.
580 Tilgungsfondslösungen, Reichensteuern o.ä.).
581 - Halb Europa braucht Investitionen gegen die Arbeitslosigkeit,
582 insbesondere in Ausbildung und Qualifizierung, sowie in Programme zur
583 Unterstützung des Strukturwandels in ärmeren Mitgliedsstaaten. Sinnvoll
584 sind auch grenzübergreifende Bildungs-, Fortbildungs- und
585 Ausbildungsprogramme, die neben dem Arbeitsmarkt auch den Austausch
586 zwischen Mitgliedsstaaten fördern.
587 - Es muss mehr Investitionen in Infrastruktur geben: digitale, sowie Energie-
588 und Transportnetze (inkl. E-Mobilität). Diese Infrastruktur hat
589 grenzübergreifenden Nutzen und sollte daher gemeinsam finanziert
590 werden.
591 - Die Mittelzuteilung für die Integration von Flüchtlingen muss solidarisch
592 organisiert und Teil der Budgetverhandlungen werden.
593 - Die Rekommunalisierung von privatisierten Betrieben darf nicht durch
594 europäisches Wettbewerbs- Beihilfen- oder Vergaberecht praktisch
595 vereitelt werden; entsprechende Regeln müssen überprüft und durch
596 Ausnahmetatbestände bzw. Freigabemechanismen ergänzt werden.
597

598 Europa steht vor großen Herausforderungen, von innen wie von außen. Diese lassen
599 sich nur gemeinsam lösen. Das Fundament der europäischen Gesellschaftsordnung
600 ruht auf sozialem Ausgleich, Teilhabe und Chancengleichheit. Nur wenn es der
601 Europäischen Union gelingt, diese Solidarität auch in Zukunft zu organisieren, kann
602 sie dauerhaft Bestand haben.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

603
604
605

606

B1 Einstimmig	
Gesamtschulen für die Veedel in Köln Stadtentwicklung und Schulentwicklung gehören zusammen Gründung weiterer Gesamtschulen ist vorrangig	
Antragsteller:	Ortsverein Dünwald und AfB
Weiterleitung an:	SPD-Ratsfraktion

607 Zur Weiterleitung an die SPD-Ratsfraktion

608 Der Parteitag der KölnSPD möge beschließen:

609 Durch die bildungspolitischen Entscheidungen der letzten Jahre wurde auch in Köln
610 die Tendenz zu einem Zweisäulensystem aus Gymnasium und Gesamtschule im
611 Bereich der Sekundarstufen I und II eingeleitet. Die Schulform der Sekundarschule
612 hat sich im urbanen Raum nicht bewährt, sie hat hier eher die Tendenz zur
613 Restschule. In Köln sind neue Gesamtschulen gegründet worden, weitere sind
614 geplant und dringend erforderlich. Jährlich hunderte Ablehnungen an den Kölner
615 Gesamtschulen dokumentieren ausdrücklich den Elternwillen zu einem erheblichen
616 Mehr an Plätzen in Gesamtschulen und erfordern die Gründung weiterer integrierter
617 Systeme. Vor diesem Hintergrund formuliert die KölnSPD folgende Eckpunkte:

618
619

- 620 1. Bei Gründung einer weiterführenden Schule des Sekundarbereiches ist
621 prioritär die Gründung einer staatlichen Gesamtschule vor Ort zu prüfen.
622
- 623 2. Es besteht bereits der Grundsatz, dass bei der Erschließung neuer
624 Wohngebiete parallel die Bildungsinfrastruktur mitgeplant wird. Insbesondere
625 für neue Gesamtschulen ist es auf Grund der erforderlichen
626 Grundstücksgrößen unerlässlich, dass rechtzeitig entsprechende Flächen
627 reserviert und ausgewiesen werden. Hierfür sind auch unabhängig von
628 neuen Wohngebieten Grundstücke zur Verfügung zu stellen bzw. zu
629 erschließen.
630
- 631 3. Eine Gesamtschule ist Motor und Leuchtturm der Veedel. Von der Schule
632 gehen Impulse der Stadtteilentwicklung und Integration des
633 bürgerschaftlichen Zusammenlebens aus. Es sind deshalb die
634 Synergieeffekte aus anderen Infrastrukturbereichen sowie den Vereinen und
635 Organisationen im Veedel einzubeziehen.
636
- 637 4. Für die städtebauliche Planung der Veedel sind umgekehrt die bauliche und
638 sächliche Ausstattung einer Gesamtschule und ihrer öffentlichen Aufgaben
639 zu berücksichtigen. Bei der Planung und baulichen Ausführung neuer
640 Gesamtschulen findet eine enge Kommunikation zwischen dem Rat und den
641 Bezirken statt.
642



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

- 643 **5.** Für den Neubau und die Sanierungen von Gesamtschulen werden auch
644 kreative Baulösungen außerhalb der Gebäudewirtschaft umgesetzt. **Die**
645 **klassischen PPP sind gescheitert und werden abgelehnt.**
646
- 647 6. Ebenso ist die Sanierung und ggf. der Ausbau bestehender Gesamtschulen
648 prioritäres Handlungsziel der Bauverwaltung der Stadtverwaltung. Dazu fasst
649 der Rat entsprechend aktualisierte Beschlüsse.
650
- 651 7. Ist eine Neugründung einer Gesamtschule nicht direkt möglich, ist zu prüfen
652 ob die Umwandlung einer Haupt-, Realschule und/oder eines Gymnasiums
653 möglich ist. Dabei nutzt der Rat nach aktiver Kommunikation mit den vor Ort
654 Beteiligten alle Entscheidungsmöglichkeiten.
655
- 656 8. Der Erhalt von Hauptschulen und Realschulen ist notwendig soweit nicht
657 flächendeckend Gesamtschulen eingerichtet sind.
658
- 659 9. Eine neue Gesamtschule beginnt vierzünftig sollte aber die Möglichkeit einer
660 Sechszügigkeit umfassen. In großstädtischen Ballungsräumen wie Köln
661 müssen zudem Ausnahmeregelungen zur Weiterentwicklung integrierter
662 Systeme möglich sein.
663
- 664 10. Eine Gesamtschule ist immer eine inklusive Schule. Die KölnSPD unterstützt
665 das Ziel der Verwaltung die Klassenfrequenz in inklusiven Klassen auf
666 maximal 27 Schülerinnen und Schüler zu begrenzen.
667
- 668 11. Gesamtschulen mit Dependancen sind mit entsprechenden sächlichen
669 Mitteln auszustatten, um den mit dem Dependancebetrieb verbundenen
670 Mehraufwand aufzufangen. Sie erhalten eigene Sekretariate, Hausmeister
671 und ggfs. Fahrkostenregelungen. Dazu wird ein auf der Schülerzahl basierter
672 Standard erarbeitet.
673
674
675
676
677
678
679
680
681
682
683
684
685
686
687
688

689
690
691

KS 1	
Kommunales/ Errichtung von Fahrradschnellwegen in Köln	
Antragsteller:	OV-Braunsfeld Müngersdorf Einstimmig beschlossen
Weiterleitung an:	/

692

693 Die Stadtverwaltung wird beauftragt Fahrradschnellwege durch Köln zu errichten.
694 Das Konzept Radschnellwege für die Region Rheinland bietet dafür eine sorgfältig
695 ausgearbeitete Grundlage.

696 Die Pläne sind, bezogen auf die Abschnitte innerhalb des bewohnten Kölner
697 Stadtgebiets, neu zu evaluieren und auf den Strecken, wo der Ausbau zu
698 Radschnellwegen positiv bewertet wird, muss dieser realisiert werden.
699 Im Rahmen der regionalen Prüfung werden die Strecken

700

- 701 - Köln-Frechen
- 702 - Köln-Pulheim,
- 703 - Köln/Porz-Troisdorf
- 704 - Der innerstädtische Ring
- 705 - **Köln-Bergisch-Gladbach**
- 706 - **Köln-Leverkusen**

707

708 vorangetrieben. Als einzige Strecke wird bisher der Radschnellweg Köln-Frechen
709 realisiert. Aber auch Strecken, die wegen der außerstädtischen Wegführung
710 zurückgestellt wurden, sollten unter ausschließlicher Berücksichtigung der Kölner
711 Abschnitte neu geprüft werden. Solche sind beispielsweise:

712

- 713 - Köln-Wesseling-Bornheim-Bonn,
- 714 - Köln/Deutz-Rösrath oder Köln-Hürth

715

716 Außerdem muss die Stadtverwaltung Konzepte zur besseren Anbindung des Kölner
717 Nordens erarbeiten, der in dem Konzept Radschnellwege für die Region Rheinland
718 nicht berücksichtigt wird.

719

720 **Begründung:**

721

722 Weil durch den, über die Kölner Stadtgrenzen hinausgehenden, Ausbau hohe Kosten
723 erwartet werden und insbesondere außerhalb der Stadtgrenzen unterschiedliche
724 Einschränkungen den Ausbau erschweren, wurden die meisten Pläne zurückgestellt.

725

726 Wenn Köln über ein grobes Netz an gut ausgebauten Radwegen verfügen würde,
727 reduziert dies die Fahrtzeit um mehrere Minuten und verursacht sowohl bei
728 langsamen, wie auch bei schnellen Radfahrern weniger Stress. Im Beispiel des
729 Radschnellweges Köln-Frechen gehen die Planer von einer Reisezeitverkürzung von



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

730 20 min aus, was knapp der Hälfte der bisherigen Reisezeit entspräche. Zugleich wird
731 angenommen, dass 20 % des motorisierten Individualverkehrs auf das Fahrrad
732 verlagert würden. Diese Maßnahme würde zur Verbesserung der Lebensqualität
733 beitragen und das Verkehrsaufkommen sowie die innerstädtische Luftverschmutzung
734 senken. Zu den Hauptverkehrszeiten ist ein Radfahrer mancherorts bereits jetzt
735 schneller als ein Autofahrer auf der danebenliegenden Fahrbahn.

736
737 In seinem Leitantrag zum UB-Parteitag im März 2013 (Z. 101 ff) hat der Vorstand
738 bereits prognostiziert, dass der Radverkehr, aufgrund anhaltender Entwicklungen, in
739 Zukunft zunehmen wird. An die damalige Forderung nach einem gut „ausgebauten,
740 attraktiven, städtischen und überregionalen Radwegenetz, das den kommenden
741 Entwicklungen Stand hält“ schließt dieser Antrag an.

742
743 Welche ungebrochene Relevanz das Thema Radverkehr und Mobilität für die Stadt
744 Köln hat, zeigt auch der Antrag der Jusos Köln vom UB-Parteitag im März 2017. In
745 diesem fordern die Jusos eine Ausweitung der Kooperation mit nextbike (KVB-bikes)
746 auf alle Kölner Veedel.

747

748

749

750

751

752

753

754

755

756

757

758

759

760

761

762

763

764

765

766

KS 2	
Kölner Wohnungsmarkt Einstimmig beschlossen	
Antragsteller:	OV Nippes
Weiterleitung an:	SPD-Ratsfraktion

767

768

769 Der Ortsverein Nippes beantragt, die SPD Ratsfraktion soll durch Anträge und
770 Vorlagen auf die angespannte Situation auf dem Kölner Wohnungsmarkt reagieren.
771 Dabei soll sie insbesondere die folgenden Ziele verfolgen:

- 772 1. Eine weitere Verdichtung des Wohnungsbaus muss besonders gefördert
773 werden. Sowohl das Schließen von Baulücken als auch höhere Bebauung
774 müssen konsequent verfolgt werden.
- 775 2. Die Stadt Köln muss in die Breite wachsen. Neue Veedel in den
776 Randgebieten sind notwendig.
- 777 3. Bei jeder Erweiterung des Wohnbestands ist insbesondere für eine gute
778 Infrastruktur bezogen auf Bildung, Soziales und Verkehr (ÖPNV) zu
779 sorgen.
- 780 4. Der Erlass von weiteren Milieuschutzsatzungen und -gebieten ist
781 notwendig. Damit soll eine Verdrängung der ursprünglich ansässigen
782 Bevölkerung verhindert werden.
- 783 5. Der Zweckentfremdung am Kölner Wohnungsmarkt, insbesondere durch
784 die nicht genehmigte gewerbliche Nutzung, ist entgegenzuwirken. Die
785 vorhandene Wohnraumschutzsatzung ist konsequent anzuwenden.
- 786 6. Die Stadt soll nicht als Verkäufer, sondern als Käufer auf dem Markt
787 auftreten. Verkäufe sollen ausschließlich an die
788 Wohnungsbaugenossenschaften, stadteneigene Gesellschaften und die GAG
789 AG erfolgen. Ziele sollen eine soziale Durchmischung und der soziale
790 Wohnungsbau sein. Das Belegungsrecht der Stadt für einen Teil der
791 Wohnungen muss vereinbart werden.
- 792 7. Die Stadt Köln soll das ihr zustehende Vorkaufsrecht bei
793 Grundstückverkäufen stringent anwenden, um für den Wohnungsbau
794 geeignete Grundstücke zu erwerben.
- 795 8. Die Stadt Köln wird für die Bezieher von Sozialleistungen, namentlich
796 ALG2 und für Geflüchtete/Asylberechtigte, als Zwischenmieter auf dem
797 Wohnungsmarkt auftreten.
- 798 9. Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass für städtische Mitarbeiter und
799 Mitarbeitern in Mangelberufen und sozialen Berufen bevorzugt Wohnraum
800 durch die Stadt oder ihre Gesellschaften zur Verfügung gestellt wird.



801

802

803

804 **Begründung:**

805 Die Krise am Kölner Wohnungsmarkt betrifft die gesamte Bevölkerung der Stadt und
806 sämtliche Veedel. Die SPD muss in diesem Bereich eine Vorreiterrolle übernehmen
807 und zeigen, dass nur die SPD die Ängste und Nöte der Menschen in diesem Bereich
808 ernstnimmt. Dies macht eine Kölner Initiative zum Wohnungsmarkt unumgänglich.
809 Die vom OV vorgeschlagenen Ziele sind nicht abschließend, sollen aber den
810 Startschuss für die Kölner Initiative Wohnungsmarkt darstellen.

811 Dabei lassen sich insbesondere zwei Problemkreise der Bürger ausmachen:

812 Erstens ist der Bestand an Wohnungen insgesamt zu klein. Die Stadt geht selbst
813 davon aus, dass bis 2030 mindestens 65.000 neue Wohnungen gebaut werden
814 müssen. Ein Teil der bereits vorhandenen Wohnungen wird überdies
815 zweckentfremdet verwendet. Einer der Gründe für die hohen Mieten in
816 Ballungsräumen ist zudem auch der zu geringe Bestand an Wohnungen. Hieraus
817 folgt, dass die Stadt dringend wachsen muss, um auch dem Zuzug und somit den
818 künftigen Bürgern der Stadt genügend Wohnraum zu bieten. Hierzu ist eine
819 Verdichtung des bestehenden Wohnraums unumgänglich. Köln muss sowohl in die
820 Höhe als auch in die Breite wachsen. Auch ist einer übermäßigen Gentrifizierung und
821 der Zweckentfremdung von Wohnraum entgegenzutreten.

822 Zweitens trifft die schwierige Marktlage insbesondere diejenigen, die wenig haben.
823 Der soziale Wohnungsbau ist für Bezieher von Sozialleistungen oftmals die einzige
824 Möglichkeit, an Wohnungen in Köln zu kommen. Dabei werden sie als Mieter am
825 Markt benachteiligt, da die Vermieter Sorge haben, dass diese Mieter nicht in der
826 Lage sein werden, die Miete zu entrichten. Der soziale Wohnungsbau ist daher
827 dringend auszubauen. Auch ist zu prüfen, ob die Stadt als „Zwischenmieter“ wieder
828 am Markt auftritt, um den Bedürftigen die Wohnungen zur Verfügung zu stellen. In
829 diesem Fall fällt die Hemmschwelle für Vermieter weg, denn ein Ausbleiben der
830 Miete wäre ausgeschlossen. Dabei sollte im Haushalt für eine entsprechende
831 Anschubfinanzierung gesorgt werden. Um an entsprechende Wohnungen zu
832 gelangen, ist auch zu prüfen, ob Immobilienmakler mit der Suche nach
833 entsprechenden Wohnungen beauftragt werden.

834 Der knappe Wohnungsmarkt führt insbesondere auch dazu, dass dringend benötigte
835 Arbeitskräfte nicht gefunden werden. Dies betrifft zum einen städtische Bedienstete,
836 aber auch Arbeitnehmer in sog. Sozialen Berufen (bspw. Pflegekräfte, ErzieherInnen,
837 etc.).

838

839

840

841

842

KS 3	
Grundversorgung mit Wohnungsangeboten in Köln Einstimmig beschlossen	
Antragsteller:	OV Nippes
Weiterleitung an:	SPD-Ratsfraktion

843

844 Die SPD-Ratsfraktion soll die bereits vorhergegangenen Initiativen zum Erhalt preiswerten
845 Wohnraums und zur Verbesserung der allgemeinen Wohnungssituation in Köln durch einen
846 Antrag auf eine Ausweitung des städtischen Wohnungsbestandes zur Versorgung von
847 besonders benachteiligten Gruppen und prekären Einzelfällen ergänzen.

848

849 Dabei zählen insbesondere solche Bevölkerungsgruppen und einzelne problematische
850 Versorgungssituationen, die auf dem äußerst angespannten Wohnungsmarkt aktuell keine
851 Chancen haben und auch von einer intensivierten Bautätigkeit auf absehbare Zeit nicht
852 profitieren werden.

853

854 Dabei handelt es sich

855

- 856 - um Menschen mit schwereren Behinderungen, die wegen unzureichender
857 Wohnungsangebote bis ins höhere Alter nicht eigenständig leben können, bei
858 Eltern oder Verwandten wohnen oder in Notlagen in Heimen oder
859 Seniorentagestätten untergebracht sind,
- 860 - um Menschen mit altersbedingten Mobilitätsverlusten,
- 861 - um Menschen, die aus gesundheitlichen, physischen oder psychischen
862 Erkrankungen, aus finanzieller Notlage oder durch den Zerfall familiärer
863 Strukturen obdachlos geworden sind,
- 864 - in vielen Fällen um Frauen, kinderlos oder mit Kindern, die in einer solchen
865 Notlage besonders gefährdet sind,
- 866 - um Familien, die aufgrund ihrer Größe weder Wohnungen mit ausreichendem
867 Wohnraum finden noch bezahlen können,
- 868 - aber auch um Einzelfälle, bei denen aufgrund ihres nicht erträglichen
869 Sozialverhaltens den Nachbarn und Mitbewohnern das Zusammenleben nicht
870 zuzumuten ist und bei denen für diese und oft auch für die Angehörigen der
871 betreffenden Person besonderer Schutz durch Separierung der Wohnung
872 gewährleistet werden muss.

873

874 Die Sicherung von Wohnraum und die angemessene soziale und wirtschaftliche Betreuung
875 für diese Gruppen und Einzelpersonen ist eine unabdingbare Aufgabe kommunaler
876 Daseinsvorsorge, die nicht über den freien Markt erfolgt und auch nicht durch
877 genossenschaftliche Anbieter gewährleistet werden kann.

878



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

879 Für diese Aufgabe sollen das städtische Wohnungsamt und die
880 Wohnungsversorgungsbetriebe strukturell mit Wohnungsangeboten zur Erst- und
881 Grundversorgung ausgestattet und finanziell und personell stärker auf präventive Aktivitäten
882 ausgerichtet werden.
883

884 **Begründung:**

885 Die bisher von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen und teilweise übernommenen Vorschläge
886 zum Wohnungsbau beziehen sich vor allem auf den Neubau und den Erhalt preiswerten
887 Wohnraums. Ergänzend dazu ist gerade für Minderheiten und soziale Gruppen mit
888 besonderen Problemlagen eine Wohnversorgung erforderlich, die aus politischer und sozialer
889 Verantwortung von der Verwaltung sichergestellt werden muss. Diese Vorsorgeleistung ist
890 unabhängig von der Marktlage zu erbringen.
891
892

893

894

895

896

897

898

899

900

901

902

903

904

905

906

907

908

909

910

911



912
913
914
915

KS 4 Einstimmig 1 E in der Ursprungsfassung	
Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten	
Antragsteller:	AsF
Weiterleitung an:	SPD-Ratsfraktion

916

917 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

918 Die KölnSPD fordert die SPD Fraktion im Rat der Stadt Köln auf sich dafür
919 einzusetzen, die Maßnahmen zum Schutz von Personen in der Prostitution und die
920 Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten zu erweitern.

921 Wir fordern Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland und solidarische Lösungen,
922 um Armut und sozialer Ungleichheit zu begegnen. Prostitution darf keine Lösung zur
923 Bekämpfung der Armut sein. Daher müssen in Deutschland Konzepte zum Ausstieg
924 aus der Prostitution umgesetzt werden und Armutsprostitution bekämpft werden.
925 Darüber hinaus müssen Betreiber*innen von Bordellen, sowie die Kommunen noch
926 stärker in die Verantwortung genommen werden und jede Form der
927 Arbeitsausbeutung stärker geahndet werden. Wir fordern daher, dass vor allem die
928 Betreiberpflichten nach Prostitutionsschutzgesetz konsequenter nachverfolgt werden.
929 Zudem fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- 930 ▪ Die Einnahmen aus der Sexsteuer/Vergnügungssteuer durch Prostitution
931 sollen im Haushalt offengelegt und die Einnahmen zu mindestens 70% für
932 Maßnahmen zur Beratung und zur Ausstiegshilfe von Prostituierten eingesetzt
933 werden.
- 934 ▪ Bußgelder, die im Rahmen von Prostitution eingenommen werden, sollen
935 ebenfalls zu mindestens 70% für Ausstiegsprojekte verwendet werden.
- 936 ▪ Die Stadt Köln erweitert das Angebot an Beratungsstellen für Menschen in der
937 Prostitution, die auch zum Thema Ausstieg beraten.
- 938 ▪ Betreiber*innen von Prostitutionsgewerben müssen stärker kontrolliert
939 werden, dass sie, wie in der Durchführungsverordnung von NRW
940 festgeschrieben, Quittungen über gezahlte Leistungen ausstellen.
- 941 ▪ Wir begrüßen die Möglichkeit der sogenannten Alias-Bescheinigung.
942 Anmeldepflichtige Sexarbeiterinnen sollen unter ihrem „Künstlernamen“
943 arbeiten dürfen, um eine Stigmatisierung zu vermeiden. Die zuständigen
944 Ordnungsämter der Stadt Köln sollen von dieser Möglichkeit Gebrauch
945 machen.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

- 946 ▪ Das Angebot an der Geestemünder Str. soll erweitert werden und auch
947 zugänglich für Menschen in der Prostitution sein, welche die deutsche
948 Sprache nicht beherrschen. Allen Menschen in der Prostitution muss die
949 Möglichkeit geboten werden vom Hilfsangebot zu profitieren.

950 **Begründung:**

951 In dem vorliegenden Antrag wird von weiblicher und männlicher Prostitution
952 gesprochen. Frauen stellen allerdings die deutliche größere Gruppe der
953 Prostituierten. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass Frauen durch sexistische
954 und patriarchale Strukturen in die Prostitution gedrängt/gezwungen werden.
955 Prostitution ist überwiegend weiblich. Die Sexkäufer*innen dagegen überwiegend
956 männlich.

957 Durch die Legalisierung der Prostitution in Deutschland ist die Zahl der Personen, die
958 durch prekäre Lebenssituationen in die Prostitution gedrängt werden, stark
959 gestiegen. Darüber hinaus sind Menschen in der Prostitution, auch mit der
960 Einführung des neuen Prostituiertenschutzgesetzes in Deutschland, weiterhin von
961 Ausbeutung und Gewalt bedroht. Innerhalb des Prostitutionsgewerbes finden
962 überdurchschnittlich häufig strafbare Handlungen wie beispielsweise gewaltsame
963 Übergriffe gegen Frauen und Männern in der Prostitution statt.

964 Ein Großteil der Menschen, die in Deutschland der Prostitution nachgehen, kommt
965 aus dem (europäischen) Ausland und unterstützt die Familie im Heimatland
966 finanziell. Dieser Personenkreis ist besonders vulnerabel und schutzbedürftig, da sie
967 in Deutschland häufig unter schlechten Bedingungen arbeiten müssen, wenig bis gar
968 kein Deutsch sprechen, ihre Rechte nicht kennen und nicht über mögliche
969 Hilfsangebote informiert sind. Dies führt beispielsweise dazu, dass viele Frauen (in
970 Bordellen und Laufhäusern arbeiten ausschließlich Frauen und Transfrauen) keine
971 Quittungen über geleistete Steuerabgaben und Mieten erhalten. Dadurch wird es
972 nahezu unmöglich staatliche Transferleistungen zu beziehen und finanzielle
973 Unabhängigkeit und damit ein Ausstieg aus der Prostitution wird deutlich erschwert.

974 Die Strategie zur Bekämpfung von Armut in Europa darf nicht in der Prostitution
975 liegen. Ziel muss daher die Reduzierung und langfristig die Abschaffung der
976 Prostitution, in Anlehnung an das nordische Modell, sein. Dies ist nur möglich, wenn
977 die Gesellschaft in Deutschland Prostitution moralisch, politisch und gesetzlich
978 kritisch in den Fokus nimmt und nach möglichen Alternativen sucht.

979 Verantwortung tragen auch Kommunen, die über die Vergnügungssteuer zusätzliche
980 Einnahmen durch die Prostitution erzielen. Diese Gelder sollten gezielt dafür
981 eingesetzt werden, die negativen Auswirkungen von Prostitution auf die
982 Stadtgesellschaft zu verringern und die Situation für Menschen in der Prostitution zu
983 verbessern.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

984 Der Staat muss sich daher darum bemühen, Ursachen wie Armut zu beseitigen, die zu
985 einem ökonomischen Zwangseinstieg in die Prostitution führen, und durch Konzepte und
986 Programme den Ausstieg aus der Prostitution zu erleichtern, zu unterstützen und zu fördern.
987 Des Weiteren sollen Prostituierte wirksamer vor Ausbeutung und Gewalt geschützt
988 werden.

989

990

991

992

993

994

995

996

997

998

999

1000

1001

1002

1003

1004

1005

1006

1007

1008

1009

1010

1011



KS 5	
Flucht und Migration als ein Schwerpunkt der SPD in Köln	
Antragsteller:	AG Flucht und Migration KölnSPD über UBV
Weiterleitung an:	Als Material an UBV bzw AG des UBV Flucht und Migration zur Erarbeitung Antrag/Positionierung KölnSPD Bundesparteitag

1012

1013 **Der Antrag als Material für die weiteren Beratungen**

1014 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1015 I: Thesen zur Neuorientierung

1016 Erstens: Die Landtagwahlen wie die Bundestagswahl war weitgehend von den
1017 Themen Flucht und Migration bestimmt. Nach wie vor ist die überwiegende Mehrheit
1018 der Menschen in Deutschland bereit, Geflüchtete nach den Regeln des
1019 internationalen Rechts und des Grundgesetzes aufzunehmen und sie zu integrieren.
1020 Dem entspricht auch unser Bundestagswahlprogramm.

1021 Wenn es die SPD dennoch nicht vermocht hat, auch für diese Positionen
1022 ausreichend Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, so liegt dies zum einen an den
1023 von Teilen der Unionsparteien, Teilen der FDP und vor allem von der AfD geschürten
1024 Ängsten, Vorurteilen bis hin zum verdeckten oder gar offenen Rassismus. Diese
1025 Kampagnen gegen Geflüchtete wurden von vielen Medien aufgegriffen und verstärkt.
1026 Für Wählerinnen und Wähler, auch solchen die früher die SPD gewählt hatten,
1027 wurden Geflüchtete bzw. die ihnen zustehenden Leistungen der Unterkunft, der
1028 Versorgung und Integration, zur Projektionsfläche für bestehende Defizite und
1029 offensichtliche Mängel im Wohnungsbau, im Bildungswesen, bei den
1030 Sozialleistungen oder auch bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Zum
1031 anderen hat die Wahlkampfstrategie der SPD in NRW und auch im Bund das Thema
1032 Flucht und Migration viel zu defensiv, ohne klare Linie, ohne eine positive Botschaft
1033 an unsere Wählerinnen und Wähler behandelt. Mal wurde die Union rechts überholt,
1034 brüsteten sich SPD Innenpolitiker mit einer harten Linie zur Abschiebung, mal wurde
1035 eine humanistische Position vertreten. Das Thema Flucht und Migration war und ist
1036 kein zentrales Thema für die SPD, aber es hat die auf soziale Gerechtigkeit
1037 ausgerichtete Kampagne weitgehend überlagert. Notwendig ist darum eine
1038 Vertiefung der Programmatik der SPD und Stärkung ihrer politischen Kompetenz
1039 angesichts der Herausforderungen von Flucht und Migration, die eine ebenso
1040 realistische wie humanistische Orientierung bietet auch unter dem Aspekt der
1041 sozialen wie der inneren Sicherheit

1042 Zweitens: Wir leben in der einen Welt, deren Märkte für Kapital, Güter,
1043 Dienstleistungen und deren Kommunikationssysteme weltweit verflochten sind.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1044 Waffenexporte und Aufrüstung, Kämpfe um Macht und Einflusszonen, Kriege und
1045 Bürgerkriege haben globale Auswirkungen und damit auch auf Deutschland. Der
1046 internationale Terrorismus ist die eine Seite, die Flucht von Opfern des Terrors, der
1047 Kriege und Bürgerkriege und der politischen Verfolgung die andere. Aber auch die
1048 ungleichen und ungerechten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen
1049 wirtschaftlich starken und Entwicklungs- oder Schwellenländern, der Klimawandel
1050 und seine Folgen, Armut und Perspektivlosigkeit motivieren Menschen zur
1051 Auswanderung. Europa bleibt das Ziel von Geflüchteten aus dem Nahen und
1052 Mittleren Osten wie von Migrantinnen und Migranten vor allem aus Afrika. Wenn die
1053 EU darauf setzt mit einer Politik der Abschottung und der Abwehr Geflüchtete wie
1054 Migrationswillige fern halten zu können, so ist dies unrealistisch. Die Preise für die
1055 Schleuserbanden werden steigen ebenso wie die Zahl der Opfer, aber die Menschen
1056 werden kommen. Nur eine Politik, die dies den Menschen, die hier leben, deutlich
1057 und klar sagt und zugleich Antworten anbietet, wie damit solidarisch umzugehen ist,
1058 wird auf Dauer glaubwürdig sein.

1059 Drittens: Die Antwort muss vor allem eine europäische sein. Sie richtet sich zum
1060 einen nach außen, das heißt sie fragt nach den politischen und wirtschaftlichen
1061 Beziehungen der EU zu Afrika und zum Nahen und Mittleren Osten. An erster Stelle
1062 muss eine Politik für Entwicklung und Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe
1063 stehen, die die ungleichen Handelsbeziehungen abbaut und mit neuen Ansätzen vor
1064 allem lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe aber auch den Export afrikanischer
1065 Länder nach Europa stärkt. Dabei muss auch die Politik europäischer Konzerne
1066 kritisch begleitet und darf etwa bei der Missachtung von Menschenrechten oder bei
1067 Umweltzerstörungen nicht auch noch staatlich subventioniert werden.

1068 Dies gilt auch für die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen und für
1069 andere Felder der Entwicklungspolitik wie Bildung, Infrastruktur usw. Dafür muss
1070 mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

1071 Hinzu kommt der Stopp aller Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete. Nur
1072 wenn die Kriegsführenden Parteien keine Waffen mehr bekommen und wenn der
1073 Waffenhandel auch bekämpft wird, bestehen Chancen solche Konflikte
1074 einzudämmen. Auslandshilfe vor allem als Hilfe zur Selbsthilfe der Bevölkerung muss
1075 Vorrang haben vor Auslandseinsätzen auf Grund eines Beschlusses des Deutschen
1076 Bundestags.

1077 Notwendig ist ein globaler Politikwechsel, nicht nur damit Menschen nicht mehr
1078 flüchten müssen, sondern vor allem um das Überleben der Menschheit auf diesem
1079 Planeten noch zu ermöglichen.

1080 Viertens: Die europäische Asyl- und Einwanderungspolitik fällt in die Kompetenz der
1081 Mitgliedsstaaten. EU weiten Regelungen als Verordnungen (vor allem Dublin VO)
1082 müssen alle zustimmen, Richtlinien (Verfahren, Anerkennung usw.) müssen in
1083 vielen Bereichen national umgesetzt werden. Die EU ist darüber tief gespalten.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1084 Dennoch müssen als erstes die bereits beschlossenen Menschenrechtlichen
1085 Standards in allen EU Staaten wirksam umgesetzt und Länder wie Ungarn, Polen
1086 usw. die diese nicht umsetzen, sanktioniert werden.

1087 Mit der Aufnahme von Flüchtlingskontingenten zu Beginn des Bürgerkriegs in Syrien,
1088 dem EU Türkei Abkommen sowie dem Transport von gefangenen und misshandelten
1089 Geflüchteten aus Libyen über den UNHCR eröffnete die EU die legale Einreise von
1090 Schutzsuchenden nach Europa. Diese muss die Regel werden und den Geflüchteten
1091 muss in einem EU weiten Prüfungs- und Aufnahmeverfahren ein rechtlich
1092 einwandfreies Anerkennungsverfahren und eine Bleibeperspektive gewährleistet
1093 werden. Pauschale Regelungen wie die der sicheren Herkunftsländer oder
1094 Drittstaaten müssen abgeschafft werden. Eine gute Integration der Geflüchteten und
1095 ihrer Familien kann bereits jetzt auch im laufenden Anerkennungsverfahren oder
1096 auch in der Duldung zu einem dauerhaften Bleiberecht führen. Diese Regelungen
1097 müssen erleichtert werden.

1098 Der Familiennachzug auch bei Geflüchteten mit subsidiären Schutz muss ebenso
1099 gewährleistet werden, wie Hilfen zur Rückkehr, wenn dies von den Geflüchteten
1100 gewünscht wird. Abschiebungen abgelehnter Schutzsuchender dürfen nur erfolgen,
1101 wenn ihre Menschenrechte gewahrt sind.

1102 Diese Positionen müssen wir vor allem jetzt offensiv vertreten. Denn Kommission
1103 und Rat der EU beraten über eine Neufassung des gesamten Regelwerkes des
1104 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems mit dem Ziel den Flüchtlingsschutz
1105 verstärkt auf Drittstaaten außerhalb der EU zu verlagern. Dafür soll das Konzept
1106 sicherer Drittstaaten ausgeweitet und zwingend an den europäischen Außengrenzen
1107 angewandt wird, sodass Schutzsuchende ohne inhaltliche Prüfung der Asylgründe in
1108 Dritt- oder Herkunftsländer zurückverwiesen werden können. Wohlfahrtsverbände,
1109 Pro Asyl und Amnesty befürchten, dass damit der Zugang von Asylbewerberinnen
1110 und Asylbewerber zum individuellen Recht auf Asyl, wie der in der Genfer
1111 Flüchtlingskonvention und auch im Grundgesetz garantiert ist, verhindert wird.

1112 Der Versuch, die Festung Europa weiter abzuschotten und Flucht und
1113 Migrationsbewegungen fern zu halten, wird auf Dauer nicht funktionieren, aber die
1114 demokratische Substanz und die Europäische Union als Wertegemeinschaft
1115 aushöhlen wenn nicht zerstören.

1116 Fünftens: Europa braucht eine kohärente Einwanderungspolitik. Beispielsweise mit
1117 der sogenannten Blue card können qualifizierte Fachkräfte einwandern. Aber dies
1118 reicht bei weitem nicht aus, um den Wanderungsbewegungen vor allem junger
1119 Menschen aus Afrika gerecht zu werden. Darum müssen europäische und solange
1120 dies nicht möglich ist, großzügige nationale – und damit deutsche gesetzliche
1121 Regelungen zur Einwanderung verabschiedet werden. Migrantinnen und Migranten
1122 hatten und haben für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft oder auch für
1123 die Bewältigung der Herausforderung einer alternden Gesellschaft eine hohe



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1124 Bedeutung. Es geht aber nicht nur um die soziale oder ökonomische Nützlichkeit von
1125 Eingewanderten für Deutschland oder Europa, sondern ebenso um den Nutzen für
1126 die Einwandernden und ihre Herkunftsländer. Viele Familien leben dort von den
1127 Überweisungen der Migranten. Sie ist bei kleineren afrikanischen Staaten höher als
1128 die Entwicklungshilfe. Migranten können und wollen sich hier qualifizieren und damit
1129 dann auch wieder in ihren Herkunftsländern Werte schaffen. Einwanderung kann
1130 aber nur gelingen, wenn in den Einwanderungsländern gute und sichere
1131 Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden, Migrantinnen und Migranten nicht
1132 ausgebeutet und auch für sie menschenwürdige Lebensbedingungen geschaffen
1133 werden.

1134 Sechstens: Flucht- und Wanderungsbewegungen verunsichern viele Menschen. Sie
1135 haben Angst vor den Fremden, wenig Wissen und Kenntnisse woher die Menschen
1136 kommen, über ihre Sprache und kulturellen Gewohnheiten und kennen kaum
1137 Geflüchtete und Eingewanderte. Darum hat demokratische Politik die Aufgabe,
1138 Fremdheit zu überwinden, für Zusammenhalt und für eine humane Asyl- und
1139 Einwanderungspolitik zu werben, den Menschen die Herausforderungen zu erklären
1140 und vor allem dafür zu sorgen, dass die notwendigen Ressourcen bereitstehen und
1141 die bestehenden Engpässe etwa bei bezahlbarem Wohnraum, im Bildungssystem,
1142 auf dem Arbeitsmarkt überwunden werden nicht weil, sondern auch weil Geflüchtete
1143 und Migranten kommen.

1144 Die Asyl- wie die Einwanderungspolitik muss gestaltet werden und kontrolliert
1145 verlaufen. Wer Schutz sucht, erhält sofort Integrationsangebote, Kinder und
1146 Jugendliche Schulplätze, der Zugang zu Arbeit und Ausbildung wird eröffnet ohne
1147 das Kriterium einer Bleiberechtperspektive. Diese Angebote für müssen auch den
1148 Einwanderern gemacht werden. Ziel ist es, dass neu Angekommene möglichst
1149 schnell ein selbstbestimmtes Leben führen können. Das ist eine Aufgabe für die
1150 Bildungs- Arbeitsmarkt-, die Wohnungs- und Stadtpolitik ebenso wie die von
1151 Arbeitgebern, Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen und
1152 Institutionen.

1153 Wer hier angekommen ist und sicher lebt, integriert sich und akzeptiert die Regeln
1154 unserer Gesellschaft. Die politische Federführung für die Asyl und
1155 Einwanderungspolitik ist bei den Innenministerien und den Sicherheitsbehörden auf
1156 die Gefahrenabwehr tatsächliche oder vermeintliche Sicherheitsrisiken ausgerichtet
1157 und nicht auf schnelle Integration. Darum muss die Asyl- und Einwanderungspolitik in
1158 die Kompetenz einer eigenen Institution gelegt werden. (Ausländer- bzw.
1159 Integrationsämter oder Dezernate auf lokaler, Integrationsministerien auf
1160 Länderebene und im Bund)

1161 Wir brauchen einen Paradigmenwechsel und einen Wechsel der Verantwortlichen
1162 Akteure in der Flüchtlings- und Migrationspolitik – statt Abwehr und Abschottung,
1163 Aufnahme und Integration!



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1164 II. Schwerpunkte sozialdemokratischer Integrationspolitik in der Stadt Köln

1165 Wandel zu einer Stadt der Vielfalt gestalten!

1166 Die Kölner SPD stellt sich der Herausforderung, den tiefgreifenden Wandel der
1167 Bevölkerung in Köln positiv zu gestalten und für ein gutes Zusammenleben und
1168 Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung,
1169 weltanschaulicher und religiöser Orientierung zu sorgen.

1170 2017 hatte jeder vierte Einwohner in Köln einen ausländischen Pass. In den
1171 Altersgruppen der unter 18-jährigen Kölnerinnen und Kölner sind bereits die Hälfte
1172 Kinder aus eingewanderten Familien. Der positive demographische Wandel wird vor
1173 allem von den Familien Eingewanderter getragen.

1174 Eingewanderte leisten einen wesentlichen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung
1175 und auch zum Steueraufkommen, zum kulturellen Angebot und zur Attraktivität der
1176 Stadt Köln. Sie bereichern unsere Stadt. Aber sie müssen immer noch zu viele
1177 Hürden auf dem Weg zu gleicher Teilhabe überwinden. Immer noch zu vielen
1178 Eingewanderten werden nach wie vor auf dem Arbeitsmarkt, in der Arbeitswelt, im
1179 Bildungssystem, auf dem Wohnungsmarkt und bei der Inanspruchnahme öffentlicher
1180 Dienstleistungen gleiche und gerechte Chancen verwehrt.

1181 Die Leistungen der Eingewanderten für unsere Stadt und die Herausforderungen
1182 ihrer Integration in die Stadtgesellschaft wurden und werden in der Kölner Politik
1183 vernachlässigt. 2011 wurden mit dem Konzept einer integrativen Stadtgesellschaft
1184 Handlungsaufträge an Rat und Verwaltung erarbeitet und beschlossen, die aber viel
1185 zu zögerlich umgesetzt werden. Erste Schritte wie ein Integrationsbudget oder die
1186 Benennung eines Koordinators für Flüchtlingsfragen bei der OB reichen nicht aus.
1187 Viele Ämter und Dezernate arbeiten an dem Thema, es fehlt jedoch eine
1188 übergreifende Koordinierung und eine zentrale politische Steuerung und
1189 Verantwortung. Gleichwohl gibt es Fortschritte und gute Erfahrungen. Aber
1190 Fortschritte in der Integration in der frühkindlichen Förderung, im Schulwesen, in der
1191 Arbeit der interkulturellen Zentren, durch das kommunale Integrationszentrum oder in
1192 vielen Projekten freier Träger und in Diversity Projekten in Unternehmen müssen
1193 ausgebaut werden, um die Wege in eine gelingende Integration zu verkürzen.

1194 Ein wesentlicher Faktor für eine gelingende oder misslingende Integration ist der
1195 Aufenthaltsrechtliche Status der Betroffenen. Das Aufenthaltsrecht ist hochkomplex
1196 und von politischen Kontroversen belastet und wird von bundespolitischen
1197 Entscheidungen bestimmt. Dennoch haben Kommunen einen Handlungs- und
1198 Entscheidungsspielraum, der in Köln immer wieder für humanitäre Lösungen genutzt
1199 wurde. Für eine schnelle und sichere Integration - mit diesem Ziel muss auch die
1200 Ausländerbehörde ausgebaut und gestärkt werden.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1201 Fazit. Köln braucht eine zusammenhängende, mit ausreichend Mitteln ausgestattete und
1202 zentral verantwortete Integrationspolitik, die von der Stadt wie der Stadtgesellschaft
1203 gemeinsam getragen wird.

1204 Geflüchtete besser integrieren!

1205 Bei der Aufnahme von mehr als 15 000 Geflüchteten seit 2015 ist die Stadt anfangs
1206 an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gestoßen. Der Mangel an bezahlbarem
1207 Wohnraum, an ausreichenden Plätzen in der frühkindlichen Förderung, an den
1208 Schulen und Angeboten in der Aus- und Weiterbildung, der seit einigen Jahren
1209 besteht, hat sich in dieser Situation deutlich bemerkbar gemacht und zu Konflikten in
1210 der Stadtgesellschaft geführt.

1211 Eine interessenübergreifende Integrationspolitik muss die Interessen der
1212 einheimischen Wohnbevölkerung und der neu Angekommenen bzw. Einwandernden
1213 in Übereinstimmung bringen. Bezahlbare Wohnungen stehen dabei an erster Stelle.
1214 Geflüchtete haben die Turnhallen geräumt und viele sind in größere
1215 Gemeinschaftsunterkünfte umgezogen. Um sie gut zu betreuen, muss der
1216 Mindeststandard von max. 60 Untergebrachten pro Unterkunft eingehalten werden.
1217 Durch das Auszugsmanagement konnten in den letzten drei Jahren über 1000
1218 Geflüchtete in Wohnungen vermittelt werden. Neue Projekte – wie in Marienburg –
1219 sollen jetzt Wohnungen für Geflüchtete und sozial schwache Menschen bauen.
1220 Solche Modelle müssen fortgesetzt und verbreitert werden. Integration wird
1221 gefördert, wenn alle, die Wohnungen brauchen, erkennen, dass für sie gemeinsam
1222 neue Wohnungen entstehen.

1223 Eine große Herausforderung stellt die Betreuung Alleinreisender dar. Sie brauchen
1224 Angebote über die Unterkunft hinaus – in Bildung, Arbeit und Freizeit.

1225 Hilfreich für ein Ankommen in Köln waren und sind die Willkommensinitiativen. Sie
1226 haben sich hervorragend um Geflüchtete gekümmert. Ihr Elan lässt aber nach. Aus
1227 ihnen könnten Nachbarschaftsinitiativen werden, die von der sozialen Arbeit im
1228 Stadtteil gestützt werden und Geflüchtete einbinden und unterstützen. Auch die
1229 Migrant Communities sollten in diese Aufgaben eingebunden werden. Diese
1230 haben in Einwanderungsgesellschaften eine hohe Bedeutung für die Integration der
1231 neu Angekommenen.

1232 Vorrangiges Ziel auch für die Integration von Geflüchteten ist der Bau von
1233 bezahlbarem Wohnraum. Dieser muss in Köln für alle Menschen mit
1234 Wohnberechtigung entstehen und auch eine bessere Einbettung der Geflüchteten in
1235 den Stadtteil ermöglichen.

1236

1237 Für mehr Chancengleichheit und Integration im Bildungswesen sorgen!



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

- 1238 Integration im Stadtteil muss mit der Integration in der Bildung einhergehen.
- 1239 Das beginnt in der frühkindlichen Förderung, die an die Erzieherinnen und Erzieher
1240 hohe Anforderungen stellt. Darum muss deren interkulturelle Kompetenz gestärkt
1241 und über den Personalschlüssel in solchen Einrichtungen mit vielen neu
1242 angekommenen gesprochen werden und besondere Unterstützungsmaßnahmen für
1243 die Eltern entwickelt werden. Sowohl bei Geflüchteten wie bei Eingewanderten ist
1244 dies notwendig.
- 1245 Das von der Stadt wie vom Land NRW gemeinsam verantwortete Bildungswesen
1246 fördert weder die Integration noch umfassende Bildung, Mündigkeit und
1247 Selbstbestimmung in ausreichendem Maße. Auch wenn für Köln keine neuesten
1248 Zahlen vorliegen, so liegen die Integrationsleistungen der Grund- und Hauptschule,
1249 der Realschulen und Gesamtschulen deutlich über der der Gymnasien. Investitionen
1250 in die Bildung durch den Ausbau des muttersprachlichen bilingualen Unterrichts, die
1251 Einstellung zusätzlicher Schulsozialarbeitenden sowie die Einstellung von Lehrenden
1252 mit Deutsch als 2. Fremdsprache muss daher vor allem für diese Schulen erfolgen.
1253 Zu stärken ist die interkulturelle Kompetenz der Lehrenden sowie die Ausrichtung der
1254 Curricula auf das Sprachverständnis von Schülerinnen und Schülern aus anderen
1255 Kulturkreisen. Bei neuen in Köln aus demografischen Gründen erforderlichen
1256 Schulen müssen vor allem die Gesamtschulen ausgebaut werden.
- 1257 Verhängnisvoll für die Integration von jungen Eingewanderten und Geflüchteten war
1258 die Entscheidung der rot/ grünen Landesregierung den Zugang zum regulären
1259 Schulsystem vor allem den Internationalen Förderklassen an den Berufskollegs auf
1260 das 18. Lebensjahr zu begrenzen. Die von der neuen Landesregierung angekündigte
1261 Schulpflicht für Geflüchtete bis zum 25. Lebensjahr muss schnell umgesetzt werden
1262 und muss zugleich die Möglichkeit auch für Migranten und wie früher für
1263 Gehandicapte umfassen, über das 18. Lebensjahr hinaus Schulabschlüsse erwerben
1264 zu können.
- 1265 Auszubauen in der Weiterbildung sind die Integrationskurse, damit jeder und jede
1266 neu angekommene schnell und unverzüglich ein Angebot bekommt unabhängig vom
1267 Aufenthaltsstatus und von der Bleibereichtsperspektive. Dabei müssen die Dozenten
1268 sozialversicherungspflichtig bezahlt werden.
- 1269 Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel zur Integration. Sie muss stärker interkulturell
1270 und auf mehr Chancengleichheit ausgerichtet werden. Das muss für das gesamte
1271 Bildungssystem gelten.
- 1272
- 1273
- 1274



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1275 Den Zugang zu guter Ausbildung und guter Arbeit beschleunigen!

1276 Eingewanderte wie Geflüchtete haben von Anfang an ein großes Interesse daran zu
1277 arbeiten. Sie wollen sich hier eine eigenständige Existenz aufbauen und ihren
1278 Angehörigen Geld schicken. Früher hatte angeworbene Arbeitskräfte nach kurzer
1279 Einarbeitung die Möglichkeit, schnell Arbeit zu finden. Heute sind die Hürden
1280 wesentlich höher. Eingewanderte und auch schon länger hier lebende junge
1281 Menschen brauchen sichere Übergänge von der Schule in die Ausbildung. Sie
1282 benötigen nach wie vor mehr Ausbildungsplätze und nach der Ausbildung gute und
1283 sichere Arbeit und keine prekäre befristete Tätigkeit oder Leiharbeit. Geflüchtete,
1284 selbst die mit hoher erworbener Qualifikation benötigen Sprachkurse. Viele
1285 benötigen Wegweiser und Unterstützer, um sich in einer für viele unübersichtlichen
1286 Arbeitswelt zurecht zu finden. Die Programme des Jobcenters oder der
1287 Arbeitsagentur reichen dafür nicht aus, sondern müssen auf vorher zu erwerbendem
1288 Wissen und Erfahrungen aufbauen, die in lokalen Betreuungsangeboten vermittelt
1289 werden können. Integration in die Gesellschaft, Integrationskurse, Bildung und
1290 Arbeitsaufnahme müssen miteinander verzahnt werden.

1291 Praktika und Ausbildung sind unumgänglich, aber sie dauern vielen Geflüchteten zu
1292 lange. Viele nehmen oft Arbeit auf dem grauen Arbeitsmarkt an. Auch für sie müssen
1293 Beratungsangebote geschaffen werden, um sie vor Ausbeutung zu schützen und in
1294 den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren. Unnötige Hürden für die Aufnahme einer
1295 Arbeit im Aufenthaltsrecht etwa die Bindung an die Bleibereichtsperspektive oder an
1296 den Aufenthaltsstatus müssen schnell beseitigt werden.

1297 Arbeit ist Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens. Dauerhafte Integration
1298 findet vor allem über die Arbeitswelt statt. Hierbei müssen alle Akteure für
1299 praxisorientierte Lösungen zusammenarbeiten, die den Einstieg in die Arbeitswelt
1300 fördern. Sie müssen sich für gute Arbeit und gute Ausbildung einsetzen.

1301

1302 Werte leben, Selbstbestimmung stärken!

1303 Integration ist ein gemeinsamer Prozess. Sie ist die Aufgabe derjenigen, die nach
1304 Köln gekommen sind und die Leistung der Stadtgesellschaft, die sie aufnimmt. In
1305 Ankunftsstädten wie Köln suchen und finden viele der Ankommenden zuerst ihren
1306 Platz bei denen, die aus ihrer Kultur und aus ihrem Lande gekommen sind und hier
1307 leben. Sie bringen ihr kulturelles Gepäck aus der Heimat mit und müssen sich in
1308 unsere Gesellschaft mehr und mehr eigenständig bewegen lernen. Dabei besteht die
1309 größte Herausforderung darin, sich als Individuum in einer von vielfältigen und auch
1310 widersprüchlichen Wertorientierungen und Lebensformen geprägten Welt zurecht zu
1311 finden und den eigenen Platz zu suchen. Je offener die Stadtgesellschaft ihnen
1312 begegnet, je mehr Möglichkeit auf Zugang und Teilhabe an öffentlichen Gütern sie
1313 haben und je mehr sie im Kontakt und der Begegnung mit Einheimischen, im Sport,



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1314 in Vereinen, in Initiativen, in Frauengruppen, in Gesprächskreisen, im
1315 Bildungswesen, in der Arbeitswelt oder im Stadtteil Erfahrungen mit den hier
1316 gelebten Werten und Lebensformen machen, desto schneller finden sie hier ihre
1317 neue Heimat.

1318 Verordnete Leitkulturen helfen bei der kulturellen Integration nicht weiter, sondern
1319 Begegnungen, Gespräche, gelebte Praxis und im konkreten Fall vermittelte Werte.
1320 Daher engagieren wir uns vor allem in den Stadtteilen für eine offene und
1321 kommunikative Aufnahmegesellschaft.

1322

1323 Fremdheit überwinden – pauschalen Abwertungen und Rassismus entgegentreten!

1324 Integration misslingt, wenn Menschen den Eingewanderten und Geflüchteten mit
1325 Gleichgültigkeit, Vorurteilen und Hass begegnen. Dafür haben Sozialdemokratinnen
1326 und Sozialdemokraten kein Verständnis und lehnen jede Form von Rassismus und
1327 Abwertung von Geflüchteten und Eingewanderten ab.

1328 Das ist unsere Haltung, mit der wir Probleme der Aufnahme, der Integration und des
1329 Zusammenlebens, die auf Grund des Verhaltens von Geflüchteten und Migranten
1330 entstehen können, lösen wollen. Dabei muss wirksame Prävention und
1331 Integrationsangebote Straftaten vermeiden. Aber selbst bei Straftaten darf es keine
1332 pauschalen Verurteilungen oder Zuschreibungen zu behaupteten Nationalen oder
1333 kulturellen Eigenschaften geben, wie sie die Diskussion nach der Silvesternacht
1334 2015/ 2016 weitgehend bestimmt haben. Auch bei Straftaten muss immer der
1335 Tatverdächtige und die Tat unabhängig von Herkunft und Kultur beurteilt werden. Für
1336 deren Beurteilung gilt, dass selbst der harte gesetzliche Rahmen für die im
1337 Aufenthaltsgesetz vorgesehene zwingende und regelgebundene Abschiebung (§§ 53
1338 und 54) immer auf den einzelnen Fall abhebt.

1339 Nur allzu leicht werden Ängste geschürt und Taten einzelner zu einer kollektiven
1340 Bedrohung aufgebauscht. Denn vielfach ist unser Wissen über die Geflüchteten und
1341 Eingewanderten, ihre Kultur und ihre Religion gering oder gar nicht vorhanden.
1342 Dialog und Begegnung findet kaum statt.

1343 Das Wissen über die, die hierhin kommen und hier leben, zu verbreitern, sind
1344 wichtige Aufgaben für die kommunale Weiterbildung, für Schulen und Hochschulen,
1345 für die Medien. Fremde und ihr Verhalten kennen zu lernen und miteinander leben
1346 können ist die Herausforderung für Organisationen und Akteure der Stadtgesellschaft
1347 und auch für die demokratischen Parteien. Gemeinsam sind wir Köln. Dafür das
1348 Bewusstsein zu wecken und Weichen zu stellen, sichert die Zukunft unserer Stadt.

1349

1350



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1351



1352

KS 6	
Steuerpolitik als Gerechtigkeitspolitik	
Antragsteller:	AG Steuergerechtigkeit KölnSPD über UBV
Weiterleitung an:	Mit großer Mehrheit beschlossen zur Weiterleitung an UBV bzw AG des UBV zur Erarbeitung einer Positionierung/Antrag zur Weiterleitung an Bundesparteitag

1353

1354 Der Parteitag möge beschließen

1355 Die mitgliederoffene „Arbeitsgruppe Steuergerechtigkeit“ wird beauftragt,
1356 einen Grundsatzantrag zur zukünftigen sozialdemokratischen Steuerpolitik
1357 zu erarbeiten, den der Unterbezirk als Beitrag zum Erneuerungsprozess
1358 an den Bundesparteitag im Herbst 2018 stellen wird.

1359 Begleitend zu dem Antrag ist eine kommunikationspolitische Strategie für
1360 eine Kampagne zur Steuergerechtigkeit zu erarbeiten.

1361

1362 Begründung:

1363

1364 Die Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit in der Gerechtigkeitsfrage wird der SPD
1365 nur gelingen, wenn sie überzeugend darzulegen weiß, wie der wachsenden
1366 Verteilungsungerechtigkeit und der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen
1367 Arm und Reich in unserem Land mit konkreten und für jedermann nachvollziehbaren
1368 politischen Maßnahmen begegnet werden kann.

1369 Dabei spielt die Steuerpolitik eine entscheidende Rolle, da über sie die Einnahmen
1370 generiert werden, die ein handlungsfähiger Staat benötigt, um Investitionen in
1371 Zukunftstechnologien, Integration, innere und soziale Sicherheit, Schulen,
1372 Verkehrswege und ein leistungsfähiges Internet etc. zu tätigen.

1373 Denn die gerechte Verteilung der damit verbundenen Lasten sorgt auch für den
1374 Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

1375 Der Antrag soll ein schlüssiges Konzept für Steuergerechtigkeit aufzeigen, das die
1376 unteren und mittleren Einkommen spürbar entlastet und von hohen Einkommen und
1377 Vermögen einen deutlich höheren Beitrag zur Finanzierung
1378 des Gemeinwesens abverlangt.

1379

1380

1381

1382



1383

F 1	
Nein zum Einmarsch der Türkei in Afrin Deutsche Rüstungsexporte stoppen	
Antragsteller:	OV Ehrenfeld mit großer Mehrheit bei 4 Nein 6 E
Weiterleitung an:	SPD-Bundestagsfraktion

1384

1385 Der UB-Parteitag möge beschließen:

1386

1387 Die SPD verurteilt den Überfall des NATO-Mitglieds Türkei auf syrische Gebiete.
1388 Hochgerüstet auch mit deutschen Panzern greift die Türkei **Gruppen** an, die in
1389 Syrien den Islamischen Staat bekämpft haben und gefährdet damit den
1390 Friedensprozess in der ganzen Region. Afrin ist bisher weitgehend vom Krieg in
1391 Syrien verschont geblieben und dient vielen Menschen der Region als Zufluchtsort,
1392 deren Leben nun erneut bedroht ist.

1393

1394 Die SPD fordert, Waffenexporte an die Türkei zu beenden und den Bau einer
1395 Panzerfabrik durch die in Düsseldorf ansässige Firma Rheinmetall zu verbieten.

1396

1397 Insbesondere angesichts der beginnenden Scheinprozesse gegen die
1398 Wissenschaftler für den Frieden, die HDP und viele andere Oppositionelle in der
1399 Türkei setzt sich die SPD für die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit sowie für die
1400 Freiheit aller politischen Gefangenen in der Türkei ein.

1401

1402 Wir treten für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen ein.

1403

1404

1405

1406

1407

1408

1409

1410

1411

1412

1413



F 2	
Abrüsten statt Aufrüsten	
Antragsteller:	OV Ehrenfeld
Weiterleitung an:	Landesparteitag NRW SPD / Bundesparteitag Mit großer Mehrheit beschlossen

1414

1415 Der Parteitag möge beschließen:

1416 „Das Schlüsselwort unseres Jahrhunderts heißt Zusammenarbeit. Kein globales
1417 Problem ist durch Konfrontation oder durch den Einsatz militärischer Macht zu
1418 lösen“.

1419 (Egon Bahr 2009 anlässlich des Amtsantritts von Barack Obama)

1420

1421 Wir treten statt Aufrüstung für eine Politik der Abrüstung und der Entspannung, für
1422 die Verwirklichung der Menschenrechte und die Lösung politischer Konflikte im
1423 Rahmen der Vereinten Nationen ein. Strukturell unfriedliche Verhältnisse können nur
1424 durch internationale Kooperation und eine stetige Verbesserung der
1425 Lebensverhältnisse überwunden werden. Bereits jetzt sind die
1426 Verteidigungsausgaben mit 11 Prozent des Bundeshaushalts der zweitgrößte
1427 Haushaltsposten, mit der Reduzierung der Verteidigungsausgaben könnten
1428 Investitionen in Bildung und Kultur sowie humanitäre Hilfe und Wiederaufbau von
1429 Krieg betroffener Regionen ermöglicht werden.

1430

1431 Abrüstung und ein Stopp von Waffenexporten stärken zudem weltweit fortschrittliche
1432 Kräfte, die sich für Menschenwürde und Demokratie einsetzen und derzeit auch mit
1433 deutschen Waffen bekämpft werden. Die Rüstungsexporte haben sich nach den
1434 Zahlen des SIPRI in den Jahren 2014 bis 2016 im Vergleich zu den Jahren 2010 bis
1435 2013 mehr als verdoppelt, davon wurden die allermeisten in Krisenregionen und an
1436 autoritäre Regime exportiert.

1437

1438 Daher beschließen wir:

1439

1440 - Keine Erhöhung der Verteidigungsausgaben und keine Regierungsbeteiligung, die
1441 Aufrüstung einschließt. Auch jedwede Erhöhung der Verteidigungsausgaben, die
1442 unter dem 2% Ziel der NATO bleibt, bedeutet eine Verschärfung der
1443 Aufrüstungsspirale sowie globaler Unsicherheit und geht zu Lasten sozialer
1444 Bereiche, in denen diese Mittel dringend gebraucht werden. Mittelfristig muss das
1445 Ziel sein, abzurüsten und militärische in zivile Produktion umzuwandeln.

1446

1447 - Sofortiger Stopp von Rüstungsexporten in Krisenregionen wie z.B. Saudi-Arabien,
1448 die Türkei, Katar, Algerien, die Vereinigten Arabischen Emiraten oder Ägypten, die
1449 Menschenrechte mißachten und zum Teil Kriege führen. Langfristig muss der Export
1450 vollständig auf zivile Güter beschränkt werden.

1451

1452 - Die Bundestagsfraktion wird zudem aufgerufen, Initiative zu ergreifen, damit
1453 zukünftig der Bundestag über Rüstungsexporte entscheidet, und nicht wie bisher

1454



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1455 Mitglieder der Bundesregierung. Das bisherige Verfahren unterläuft in einem höchst
1456 sensiblen Bereich die Souveränität und Kontrollfunktion des Parlaments und schafft
1457 keinen ausreichenden Schutz vor dem Einfluss von Lobbyisten.

1458

1459 - Keine Anschaffung von Waffensystemen, mit denen der Krieg entgrenzt und
1460 automatisiert wird, wie bewaffnungsfähigen Drohnen.

1461

1462

1463

1464

1465

1466

1467

1468

1469

1470

1471

1472

1473

1474

1475

1476

1477

1478

1479

1480

1481

1482

1483

1484

1485

1486

1487

1488

1489

1490

1491

1492

1493

1494

1495

1496

1497

1498

1499

1500

1501

1502

1503

1504

1505

1506

1507

1508

1509

1510

1511

1512



1513

W 1	
Saft-und Biertrinker schützen- Glyphosathwerte anpassen	
Antragsteller:	OV Ehrenfeld
Weiterleitung an:	SPD-Bundestagsfraktion – einstimmig beschlossen

1514

1515 Der UB-Parteitag möge beschließen:

1516 Wir fordern, dass Glyphosat verboten wird und die Glyphosat-Grenzwerte für
1517 Trinkwasser genau so für andere Getränke gelten.

1518

1519 Begründung:

1520 Glyphosat steht im Verdacht, Krebs auszulösen. Für Trinkwasser gibt es strenge
1521 Grenzwerte. Für andere Getränke (Fruchtsäfte, Biere usw.) gelten diese allerdings
1522 nicht. Es erschließt sich nicht, warum Menschen, die etwas anderes als Wasser
1523 trinken, ungleich größeren Gefahren ausgesetzt sein sollten.

1524

1525

1526

1527

1528

1529

1530

1531

1532

1533

1534

1535

1536

1537

1538

1539



W 2	
E-Sport als Sport anerkennen	
Antragsteller:	Jusos Köln
Weiterleitung an:	- Antrag wurde zurück gezogen – bereits Bestandteil im Koalitionsvertrag -

1540

1541 Der Parteitag möge beschließen

1542 Die Köln SPD spricht sich für die formale Anerkennung von E-Sport als echte
1543 Sportart aus. Dadurch soll der E-Sport in Deutschland endlich auch gefördert werden
1544 und wettbewerbsfähig gemacht werden können.

1545

1546 **Begründung:**

1547 E-Sport entwickelt sich derzeit auf rasante Art und Weise. Nach Einschätzung von
1548 Experten wird die Zahl der Spieler weltweit bis 2020 von derzeit zwei Milliarden auf
1549 dann rund drei Milliarden ansteigen.

1550 Gleichzeitig hat auch der E-Sport, ebenso wie traditioneller Sport, eine hohe
1551 Zuschauerrate - es ist längst ein Sport, der auch bloße Zuschauer anzieht. 2016
1552 haben sich 172 Millionen Menschen alleine die ESL-Wettbewerbe angeschaut, sei es
1553 per Livestream oder auch vor Ort in Stadien und Hallen.

1554 Das häufig genannte Argument, E-Sport wäre kein echter Sport, da dort die
1555 Bewegung fehle, ist zudem nicht haltbar. Eine Untersuchung der Sporthochschule in
1556 Köln hat gezeigt, dass Computerspieler während der Wettkämpfe genauso unter
1557 Stress stehen und körperlich beansprucht sind wie die traditionellen Spitzensportler.
1558 Länder wie China, Russland, Finnland oder Südkorea haben E-Sport daher auch
1559 bereits offiziell als Sportart anerkannt. Auch erste Klubs aus der Fußball-Bundesliga
1560 haben bereits reagiert und E-Sport-Mannschaften gegründet, zum Beispiel Schalke
1561 04, der VfL Wolfsburg und auch der 1. FC Köln.

1562

1563 Damit der E-Sport auch in Deutschland gefördert werden kann, braucht es Hilfe von
1564 der Politik. Deutschland ist zwar ein großer Absatzmarkt, hat einige große Turniere
1565 und ist zudem noch Gastgeber der weltgrößten Branchenmesse . Die
1566 Entwicklungsarbeit findet aber nahezu komplett woanders statt. Deshalb ist es
1567 notwendig, dass der E-Sport in Deutschland formal als Sport anerkannt wird, damit
1568 E-Sport in Deutschland weiter vorangetrieben werden kann.

1569

1570

1571

1572

1573

1574



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1575

1576

1577

Org 1

Die Anträge Org1 , 2 3 wurden an den UBV überwiesen zur Beratung in einer einzuberufenden Arbeitsgruppe Org/Satzungsfragen des UBV mit zu benennenden VertreterInnen der Stadtbezirke

Aufstellungsverfahren Wahlen

Antragsteller: OV Lindenthal

Weiterleitung an:

1578 Stärkung der Beteiligungsmöglichkeit aller Mitglieder bei der Nominierung der
1579 Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für die Kommunal-, Landes- und
1580 Bundestagswahlen bzw. der Aufstellung der Reserveliste für den Rat der Stadt Köln
1581 und der Listen bei den Wahlen zur Bezirksvertretung
1582
1583

1584 **1.** Zukünftig sollen alle Mitglieder der Kölner SPD die Möglichkeit haben, ihre
1585 Stimme bei der Nominierung der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für die
1586 Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen sowie bei der Aufstellung der
1587 Reserveliste für den Rat der Stadt Köln und der Listen bei den Wahlen zur
1588 Bezirksvertretung abzugeben.
1589

1590 **2.** Der Unterbezirksvorstand Köln wird dazu auf Basis der Diskussion des
1591 Unterbezirksparteitags vom 03.März 2018 rechtzeitig die erforderlichen Beschlüsse
1592 fassen bzw. rechtzeitig den dafür beschlussberechtigten Gremien entsprechende
1593 Vorschläge auf der Grundlage der folgenden Ziffern 3 bis 5 zur Beschlussfassung
1594 vorlegen.
1595

1596 Rechtzeitig bedeutet, dass nach Beschlussfassung durch die entsprechenden
1597 Gremien bereits für die Kommunalwahlen 2020 die Kandidatinnen und Kandidaten
1598 bzw. Listen nach der neuen Verfahrensweise aufgestellt werden können.
1599

1600 **3.** Der Vorschlag für die Nominierung der Direktkandidatin oder des
1601 Direktkandidaten eines Wahlkreises (Bundestagsdirektmandat,
1602 Landtagsdirektmandat) bzw. für die Aufstellung der Liste der SPD bei den Wahlen
1603 zur Bezirksvertretung erfolgt nach Aussprache auf einer Mitgliederversammlung des
1604 Wahlkreises.
1605

1606 Die Liste bei den Wahlen zur Bezirksvertretung wird alternierend aufgestellt; jeder
1607 5. Platz kann entweder mit einer Frau oder einem Mann besetzt werden.
1608

1609 **4.** Die Nominierung der Bewerberinnen und Bewerber sowie der
1610 Ersatzbewerberinnen und Ersatzbewerber zur Wahl des Rats der Stadt Köln erfolgt
1611 nach Aussprache auf einer Mitgliederversammlung des Unterbezirks Köln
1612 gesondert für jeden Ratswahlbezirk.
1613



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1614 Die Mitglieder eines Ratswahlbezirks stellen vorher auf einer
1615 Mitgliederversammlung nach Aussprache durch Mehrheitsentscheidung die/den von
1616 ihnen gewünschte(n) Bewerber(in) auf. Diese Aufstellung hat wegen der
1617 einschlägigen Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes NRW empfehlenden
1618 Charakter.

1619
1620 Die von den Mitgliedern der jeweiligen Ratswahlbezirke ermittelten gewünschten
1621 Kandidatinnen bzw. Kandidaten werden auf der Mitgliederversammlung des
1622 Unterbezirks Köln vor der Aussprache schriftlich allen abstimmungsberechtigten
1623 Teilnehmerinnen und Teilnehmern mitgeteilt.

1624
1625 Damit soll gewährleistet werden, dass das Votum der Mitglieder eines
1626 Ratswahlbezirks besonders berücksichtigt wird. Die Mitglieder eines
1627 Ratswahlbezirks können am besten beurteilen, welche Kandidatin bzw. welcher
1628 Kandidat die höchsten Erfolgchancen in ihrem Ratswahlbezirk hat.

1629
1630 Die Mitgliederversammlung des Unterbezirks Köln stellt des weiteren die
1631 Reserveliste auf.

1632
1633 Die Reserveliste wird alternierend aufgestellt; jeder 5. Platz kann entweder mit einer
1634 Frau oder einem Mann besetzt werden.

1635
1636 Die Nominierung der Kandidatin bzw. des Kandidaten für das Amt der/des
1637 Oberbürgermeister(in) erfolgt nach vorheriger Aussprache auf einer
1638 Mitgliederversammlung des Unterbezirks Köln.

1639
1640 **5.** Erstreckt sich ein Wahlkreis auf einen oder mehrere andere Unterbezirke, wird
1641 sich der Unterbezirk Köln im Sinne der vorstehenden Punkte mit den anderen
1642 Unterbezirken zu verständigen suchen.

1643
1644 **Begründung:**

1645
1646 Der Antrag soll ein Beitrag zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie sein. Durch die
1647 Schaffung einer Beteiligungsmöglichkeit für alle Mitglieder bei der Nominierung der
1648 Kandidatinnen und -kandidaten bei Wahlen wird der Wert der Parteimitgliedschaft enorm
1649 gesteigert und auch der Anreiz erhöht, Mitglied der SPD zu werden. Zugleich wird die
1650 Identifikation jedes einzelnen Mitglieds sowohl mit der Partei als auch mit den nominierten
1651 Kandidatinnen bzw. Kandidaten verbessert und damit auch das Engagement der Mitglieder
1652 im Wahlkampf vergrößert.

1653
1654 Mittlerweile existieren in der SPD bundesweit bereits verschiedene Beispiele für eine
1655 Nominierung der Kandidaten über eine Mitgliederversammlung, so zum Beispiel in Hamburg
1656 und in Wiesbaden. Im Zuge des angestrebten Erneuerungsprozesses unserer Partei sollte
1657 auch die Köln-SPD diesen Weg beschreiten und sich dadurch als lebendige Mitglieder-Partei
auszeichnen.

1658 Hinweis OV Vorsitzender Holger Fiedler

1659



1660 Wir stimmen dem gemachten Vorschlag zu, den Antrag auf dem UB-Parteitag am 03.März
 1661 zunächst einzubringen und vorzustellen, **um dann einen Diskussionsprozess in den**
 1662 **Ortsvereinen und auf UB-Ebene einzuleiten. Eine endgültige Abstimmung über den**
 1663 **Antrag würde dann auf dem darauffolgenden Parteitag 2019 stattfinden.**

1664

1665

Org 2

Die Anträge Org1 , 2 3 wurden an den UBV überwiesen zur Beratung in einer einzuberufenden Arbeitsgruppe Org/Satzungsfragen des UBV mit zu benennenden VertreterInnen der Stadtbezirke

Sieben Organisationspolitische Anliegen/ Anregungen

Antragsteller:	OV Rodenkirchen/Weiß/Hahnwald/Michaelshoven
Weiterleitung an:	

1666

1667 Der Parteitag möge beschließen:

1668

1669 Antrag 1

1670 Die Protokolle der UBV-Sitzungen im öffentlichen Teil sollen offen für alle
1671 Mitglieder sein.

1672

1673 Antrag 2

1674 Es wird eine Infoplattform eingerichtet zum Austausch von Informationen,
1675 Protokollen, Terminen, Anträgen, u.ä. nur für Parteimitglieder. (SPDWiki)

1676

1677 Antrag 3

1678 UBV-Sitzungen sind grundsätzlich parteiöffentlich.

1679

1680 Antrag 4

1681 Für zukünftige Köln Parteitage gilt das Vollversammlungsprinzip.

1682

1683 Antrag 5

1684 Bei Vollversammlungen können Arbeitsphasen eingeplant werden.

1685

1686 Antrag 6



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1687 Es gibt für Unterbezirkspartitage ein Antragsrecht, wenn mindestens 15
1688 Parteimitglieder, auch aus unterschiedlichen Ortsvereinen, einen Antrag
1689 stellen.

1690

1691 Antrag 7

1692 Die Aufstellung der Direktkandidatinnen erfolgt auf Wahlkreisebene statt auf
1693 Wahlkreiskonferenzen.

1694

1695 Die Begründung der Anträge erfolgt mündlich

1696 Hinweise des OV 42

1697 Klarstellend sei der Hinweis erlaubt, dass die Anträge nicht unbedingt der
1698 mehrheitlichen Auffassung unseres Ortsvereines entsprechen. Unsere Intention
1699 richtet vielmehr darauf, den Parteitag über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe
1700 entscheiden zu lassen.

1701 die Arbeitsgruppe „Information-Kommunikation-Mitentscheiden“ hat die Diskussion
1702 der Vollversammlung aufgegriffen und weitergeführt.

1703 „...Die Mitglieder haben sich dabei auf insgesamt 7 Punkte verständigt und würde
1704 diese gerne auf dem anstehenden Parteitag diskutiert wissen.

1705 Nach unserer Kenntnis liegt Euch auch ein entsprechendes Ansinnen der
1706 Arbeitsgruppe vor. Da jedoch nicht geklärt ist, ob dieses Ansinnen auch formal den
1707 Kriterien eines Antrags entspricht und aus unserer Sicht die Ergebnisse und
1708 Vorschläge der Arbeitsgruppe durch den Parteitag diskutiert werden sollten, erlauben
1709 wir uns die nachfolgenden Anträge vorsorglich zu stellen“

1710

1711

1712

1713

1714

1715

1716

1717

1718

1719



1720
1721
1722
1723
1724
1725
1726
1727

Org 3 Die Anträge Org1 , 2 3 wurden an den UBV überwiesen zur Beratung in einer einzuberufenden Arbeitsgruppe Org/Satzungsfragen des UBV mit zu benennenden VertreterInnen der Stadtbezirke	
Diverse Satzungsänderungen - Aufstellungsverfahren , Versammlungsprinzip anderes	
Antragsteller:	OV Bayenthal/Marienburg/Raderberg/Raderthal
Weiterleitung an:	

1728

1729 Der Parteitag möge mit satzungsändernder Mehrheit beschließen:

1730 **I. Anträge zur Änderung der Satzung des Unterbezirks Köln, Stand: 19.**
1731 **September 2011**

1732 **1. Antrag zu § 7 Unterbezirksparteitag**

1733 § 7 Abs. 1 S. 2 lit. a) und b) werden durch den folgenden Passus ersetzt: „Er findet
1734 als Versammlung aller Mitglieder des Unterbezirks statt (Vollversammlung).“ Abs. 2
1735 und Abs. 3 werden gestrichen.

1736 **Geltende Fassung:**

1737 (1) Der Unterbezirksparteitag ist das oberste Organ des Unterbezirks: Er setzt sich
1738 zusammen aus:

1739 a) 280 Delegierten, die in Ortsvereinsversammlungen gewählt wurden. Die
1740 Verteilung der Delegierten auf die Ortsvereine ergibt sich aus der Zahl der Mitglieder,
1741 für die im vorangegangenen Geschäftsjahr (Kalenderjahr) Pflichtbeiträge an den
1742 Unterbezirk abgeführt wurden. Der Delegiertenschlüssel wird jedes Jahr neu
1743 errechnet.

1744 b) den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes.

1745 (2) Mit beratender Stimme nehmen am Unterbezirksparteitag teil, soweit sie nicht
1746 gemäß Abs. 1a bereits Delegierte des Unterbezirksparteitages sind:



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

- 1747 a) die Mitglieder des Unterbezirksparteirates,
1748 b) die Mitglieder der Kontrollkommission,
1749 c) die Vorsitzenden der Stadtbezirke
1750 d) die im Bereich des Unterbezirks gewählten Mitglieder der SPD-Gruppe im
1751 Europäischen Parlament, der Bundestags-, der Landtags- und ein Zehntel der
1752 Ratsfraktion,
1753 e) jeweils ein/e Vertreter/in der Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen. Die
1754 Teilnahme von Personen, die nicht Mitglied der SPD sind, ist möglich.
1755 f) der/die Geschäftsführer/in des Unterbezirks.
1756 (3) Als Gäste können am Unterbezirksparteitag diejenigen Delegierten der
1757 Ortsvereine teilnehmen, die nach § 8, Abs. 4, der Wahlordnung der SPD nachrücken.
1758 Je angefangene 10 Delegierte pro Ortsverein können je eine Frau und je ein Mann
1759 als Gastdelegierte/r am Parteitag teilnehmen. Der Unterbezirksvorstand kann weitere
1760 Gäste einladen.

1761

1762

1763 Neue Fassung:

1764 Der Unterbezirksparteitag ist das oberste Organ des Unterbezirks: **Er findet als**
1765 **Versammlung aller Mitglieder des Unterbezirks statt (Vollversammlung).**

1766

1767 **2. Antrag zu § 8 Organisation Unterbezirksparteitag**

1768 In § 8 Abs. 1 wird S. 2 wie folgt geändert: „Der Unterbezirksparteitag ist unabhängig
1769 von der Zahl der teilnehmenden Mitglieder beschlussfähig.“ Es wird zudem ein neuer
1770 S. 3 hinzugefügt: „Unbeschadet der übrigen Vorschriften beschließt der
1771 Unterbezirksvorstand eine Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des
1772 Unterbezirksparteitags; darin kann er insbesondere die Form der Einladung,
1773 Anmeldungspflichten und Kapazitätsvorbehalte näher regeln.“

1774 Geltende Fassung:

1775 (1) Der Unterbezirksparteitag prüft die Legitimation der Teilnehmer/innen, wählt seine
1776 Leitung und beschließt die Geschäftsordnung. Der Unterbezirksparteitag ist
1777 beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist.

1778 Neue Fassung:

1779 (1) Der Unterbezirksparteitag prüft die Legitimation der Teilnehmer/innen, wählt seine
1780 Leitung und beschließt die Geschäftsordnung. Der Unterbezirksparteitag ist
1781 unabhängig von der Zahl der teilnehmenden Mitglieder beschlussfähig. Unbeschadet
1782 der übrigen Vorschriften beschließt der Unterbezirksvorstand eine
1783 Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des Unterbezirksparteitags; darin kann er
1784 insbesondere die Form der Einladung, Anmeldungspflichten und
1785 Kapazitätsvorbehalte näher regeln.

1786

1787 **3. Antrag zu § 9 Einberufung und Anträge für Unterbezirksparteitag**

Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1788 In § 9 Abs. 4 sollen nach „Projektgruppen“ folgender Halbsatz eingefügt
1789 werden: „sowie einzelne Mitglieder, wenn ihr Antrag von insgesamt mindestens 30
1790 Mitgliedern unterstützt wird.“

1791 Geltende Fassung:

1792 [...]

1793 (4) Antragsberechtigt sind zusätzlich die Stadtbezirke und vom UB Vorstand
1794 eingerichtete Arbeitskreise, Themenforen und Projektgruppen.

1795 Neue Fassung:

1796 „Antragsberechtigt sind zusätzlich die Stadtbezirke und vom Unterbezirksvorstand
1797 [**redaktionell**] eingerichtete Arbeitskreise, Themenforen und Projektgruppen **sowie**
1798 **einzelne Mitglieder, wenn ihr Antrag von insgesamt mindestens 30 Mitgliedern**
1799 **unterstützt wird.**“

1800

1801 **4. Antrag zu § 13 Aufgaben des Unterbezirksvorstandes**

1802 In § 13 Abs. 3 soll folgender neuer Satz 1 vorangestellt werden: „Der
1803 Unterbezirksvorstand tagt grundsätzlich mitgliederoffen; die Mitgliederöffentlichkeit
1804 kann auch durch Online-Streaming hergestellt werden.“

1805 Geltende Fassung:

1806 [...]

1807 (3) Zu Vorstandssitzungen, in denen über den Antrag eines Ortsvereins beschlossen
1808 wird, ist ein/e vom Ortsverein zu bestimmender/e Vertreter/in zur Begründung des
1809 Antrags und zur Erörterung hinzuzuziehen.

1810 Neue Fassung:

1811 (3) **Der Unterbezirksvorstand tagt grundsätzlich mitgliederoffen; die**
1812 **Mitgliederöffentlichkeit kann auch durch Online-Streaming gewährleistet werden.** Zu
1813 Vorstandssitzungen, in denen über den Antrag eines Ortsvereins beschlossen wird,
1814 ist ein/e vom Ortsverein zu bestimmender/e Vertreter/in zur Begründung des Antrags
1815 und zur Erörterung hinzuzuziehen.“

1816

1817 **II. Sonstige Anträge**

1818 **1. Einrichtung eines Wiki für den Unterbezirk**

1819 Der Unterbezirksvorstand richtet ein Online-Portal (Wiki) mit geschlossenem
1820 Mitgliederbereich ein. Der Unterbezirksvorstand stellt im Wiki insbesondere
1821 Protokolle, Anträge und Beschlüsse der Organe des Unterbezirks ein (§ 6 UB-
1822 Satzung).

1823 Antragsberechtigte gemäß § 9 UB-Satzung sind berechtigt, Anträge im Wiki
1824 hochzuladen. Mitglieder erhalten zudem die Möglichkeit, Anträge zum
1825 Unterbezirksparteitag derart einzustellen, dass sich andere Mitglieder diesen
1826 anschließen können, um das Quorum von 30 Mitgliedern zu erreichen (§ 9 Abs. 4
1827 UB-Satzung).



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1828 Im Wiki kann der Unterbezirksvorstand zudem einzelne Themenforen zum
1829 Austausch zwischen den Mitgliedern einrichten. Mitglieder dürfen mit Einverständnis
1830 des Unterbezirksvorstands ebenso Themenforen einrichten.

1831

1832 **2. Durchführung von Abstimmungen über Kandidaturen**

1833 Kandidaten/innen für Parteiämter und öffentliche Ämter werden in Präsentationen
1834 durch den Unterbezirksvorstand und auf Stimmzetteln je Amt in alphabetischer
1835 Reihenfolge der Nachnamen aufgeführt.

1836

1837

1838

1839

1840

1841

1842 **Begründung der Anträge**

1843 Im Oktober 2017 hat die NRWSPD in dem Papier „Gemeinsam neue Wege finden –
1844 die SPD als modernste der Parteien“¹ skizziert, welche Schritte die SPD gehen
1845 muss, um noch eine Zukunft als Volkspartei zu haben. Ein wichtiger Punkt ist danach
1846 die Reform der innerparteilichen Strukturen. Selbstkritisch heißt es in dem Papier
1847 zugleich:

1848 *„[D]iejenigen, die skeptisch sind, weil sie befürchten die organisatorische*
1849 *Veränderung und Verbesserung würde verschleppt, sind dies nicht zu*
1850 *Unrecht. Zu oft wurde die Beteiligungspartei ausgerufen und von neuen*
1851 *Möglichkeiten gesprochen.“²*

1852 Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 hat die SPD sodann den Beschluss
1853 „Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn“ gefasst.³ Darin wurde festgehalten:

1854 *„Dem großen **Wunsch vieler SPD-Mitglieder nach mehr Mitbestimmung,***
1855 *mehr **Transparenz,** mehr Generationengerechtigkeit, mehr*
1856 *Familienfreundlichkeit und **neuen Beteiligungsformaten,** der zuletzt auch auf*
1857 *den Dialogveranstaltungen überall im Land deutlich wurde, werden wir*
1858 *konsequent Rechnung tragen. [...] Wir stehen für eine Partei, die **online und***
1859 ***offline gleichberechtigt** behandelt. Die SPD muss die **Vielfalt** unserer*
1860 *Gesellschaft abbilden. Sie muss **durchlässiger** werden und Menschen ohne*
1861 *Parteierfahrung einen Einstieg erleichtern. Wir haben Respekt vor jedem, der*

¹ Abrufbar unter: https://www.nrwspd.de/wp-content/uploads/sites/2/2017/10/bundesparteitag_-_antrag_-_gemeinsam_neue_wege_finden_die_spd_als_modernste_der_parteien_-_nrwspd.pdf.

² Siehe a.a.O. Zeilen 63 ff.

³ Abrufbar unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Ordentlicher_BPT/B6_SPDerneuern.pdf.



1862 Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler
1863 *sich engagieren möchte, unabhängig von zeitlichen Möglichkeiten. Unser*
1864 *Anspruch ist, dass die SPD in Zukunft **für jedes Mitglied** eine Heimat und*
***Möglichkeiten** bietet, sich nach Kräften zu beteiligen.“⁴*

1865 Diese Beschlüsse sind für uns Ansporn, die überfällige innerparteiliche Reform – im
1866 Sinne der Mitglieder – auch auf Kölner Ebene in die Tat umzusetzen.

1867 Um Reformen zu diskutieren, hatte sich in der Mitgliederversammlung am 2.
1868 Dezember die Arbeitsgruppe „Information - Kommunikation“ des UBV
1869 zusammengefunden. Die Arbeitsgruppe war sich schnell darüber einig, dass wir für
1870 einen wahrhaftigen Erneuerungsprozess in der Partei

- 1871 1. **Mitgliederrechte** substanziell stärken,
1872 2. die **Transparenz** von Entscheidungen und Diskussionen enorm steigern und
1873 3. den **Informationsfluss** dringend vereinfachen

1874 müssen. Aufbauend auf diesen Ergebnissen hat unser Ortsverein diese Anträge
1875 erarbeitet.

1876 **Im Einzelnen:**

1877 **Zu I.1. Vollversammlungsprinzip:**

1878 Das Delegiertensystem hat gewiss in vielen Punkten seine Berechtigung, zumal es
1879 am ehesten eine gleichmäßige Repräsentation der Mitglieder ermöglicht. Nur ist es
1880 faktisch auch Ausdruck von Misstrauen gegenüber dem einfachen Parteimitglied. Ist
1881 dies angebracht? Im Gegenteil! „**Unsere Stärke sind die Mitglieder der SPD.**“⁵ Die
1882 SPD vereint in sich verschiedene politische Strömungen und hat in 150 Jahren – wie
1883 auch momentan – viele Richtungskämpfe erlebt. Aber zumindest Eines verbindet uns
1884 alle: Mit dem Eintritt in die SPD bekennen sich jedes Mitglied zu **Frieden, Freiheit,**
1885 **Gerechtigkeit und Solidarität** – also den Grundwerten der Sozialdemokratie. Dafür
1886 streiten wir gemeinsam!

1887 Da wir alle damit das gleiche Ziel verfolgen und zur Erreichung dieses Ziels alle
1888 **gleichberechtigt** in dieser Partei zusammengeschlossen sind, muss die Basis dort
1889 Gehör finden, wo es auch möglich ist: vor allem auf lokaler Ebene! Das
1890 Parteiengesetz lässt dies nicht nur zu, sondern betrachtet die Mitgliederversammlung
1891 sogar als Grundfall.⁶ Mitbestimmungsrechte sind Ausdruck einer echten
1892 **Wertschätzung**. Entscheidungen und Wahlen, die alle Mitglieder anstelle von
1893 Delegierten wahrnehmen können, erfahren eine besondere **Legitimation** und
1894 stärken letztlich auch das **Vertrauen** in die Parteiführung und die Repräsentanten
1895 der SPD in den Parlamenten. Es ist Aufgabe aller Verantwortlichen im UBV und in
1896 den Ortsvereinen, die Mitglieder – auch und gerade in den strukturschwächeren
1897 Stadtteilen – zu mobilisieren, damit sie an der Willensbildung partizipieren. Auf diese

⁴ A.a.O., S. 21.

⁵ „Gemeinsam neue Wege finden – die SPD als modernste der Parteien“, Zeilen 27 f.

⁶ § 9 Abs. 1 Parteiengesetz. Unsere GenossInnen im Rhein-Erft-Kreis praktizieren dies bspw. erfolgreich.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1898 Weise schaffen wir es, die scheinbar wachsende **Kluft zwischen**
1899 **Parteifunktionären und einfachen Mitgliedern** zu schließen.

1900 Wenn wir also wirklich gewillt sind, die SPD neu zu erfinden, müssen wir bei uns vor
1901 Ort anfangen. Dazu ist es dringend notwendig - um es mit Willy Brandt zu sagen -,
1902 endlich **mehr Demokratie zu wagen**. Das sind wir unseren engagierten Mitgliedern,
1903 die diese Partei mit ihren Beiträgen und vor allem ihrer aktiven Mithilfe an
1904 Wahlkampfständen und in Informationsveranstaltungen am Leben halten, schuldig.
1905 Die Stärkung der Mitglieder ist sicher nicht ausreichend, aber auf jeden Fall
1906 notwendige Voraussetzung für einen **glaubwürdigen Erneuerungsprozess**.

1907

1908 **Zu I.2. Organisation des Unterbezirkparteitags**

1909 Da künftige Parteitage nach dem Vollversammlungsprinzip für alle Mitglieder offen
1910 sein sollen, ist ein Quorum für die Feststellung der Beschlussfähigkeit nicht mehr
1911 erforderlich. Um dem Unterbezirksvorstand im Übrigen die Organisation zu
1912 erleichtern und den tatsächlichen Umständen anpassen zu können, ist die
1913 Einführung einer Verfahrensrichtlinie sinnvoll. Darin kann der Vorstand nach eigenem
1914 Ermessen zu den genannten Punkten, aber auch darüber hinaus Regelungen treffen,
1915 die eine reibungslose Organisation gewährleisten.

1916

1917 **Zu I.3. Anträge von Mitgliedern**

1918 Die alleinige Mitwirkung von Parteimitgliedern auf Ortsvereinsebene wird der
1919 **Lebenswirklichkeit** vieler Mitglieder nicht mehr gerecht. Wir erkennen an, dass viele
1920 leidenschaftliche GenossInnen aus familiären oder beruflichen Gründen sich nur
1921 punktuell engagieren können. Unabhängig vom Vollversammlungs- oder
1922 Delegiertenprinzip müssen wir daher einfachen Mitgliedern die Möglichkeit geben,
1923 sich **aktiv** in den Foren **einzubringen**, die auch tatsächlich etwas **entscheiden**
1924 können: Die Parteitage des Unterbezirks.

1925 Das vorgeschlagene Quorum von 30 Mitgliedern dient dem Zweck, nur über ernstlich
1926 gemeinte Anträge abzustimmen, die von einer nicht unerheblichen Zahl von
1927 Mitgliedern unterstützt werden.⁷ Sie liegt damit noch deutlich über der Zahl aller OV-
1928 Vorstände.

1929 Mit der Möglichkeit zur unmittelbaren Mitentscheidung nehmen nicht nur die Rechte
1930 der Mitglieder zu, sie übernehmen auch mehr **Verantwortung** zum Wohle unserer
1931 Partei.

1932

1933 **Zu I.4. Mitgliederöffentliche UBV-Sitzungen**

1934 Dieser Antrag soll kein Misstrauen gegen den UB-Vorstand zum Ausdruck bringen,
1935 sondern das **Vertrauen** in seine Arbeit besonders **stärken**. Der UB-Vorstand ist ein

⁷ Auch dieses Antragsrecht ist bei unseren Parteinachbarn im Rhein-Erft-Kreis längst Realität.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1936 gewähltes Organ der Partei und den Mitgliedern **Rechenschaft** schuldig. Durch
1937 öffentliches Tagen für die Parteimitglieder wird der UB-Vorstand diesem Ziel gerecht.

1938 Durch die Einschränkung „grundsätzlich“ ist gewährleistet, dass der UB-Vorstand
1939 besonders sensible (z.B. datenschutzrechtlich relevante)Themen nach eigenem
1940 Ermessen vertraulich besprechen kann. Der UB-Vorstand soll frei darin sein, auf
1941 welche Weise er die Mitgliederöffentlichkeit herstellt. Dem dient der klarstellende
1942 Hinweis auf die zeitgemäße Möglichkeit des Online-Streamings.

1943

1944 **Zu II.1. Wiki**

1945 Dieser Antrag nimmt eine Anregung der NRWSPD auf. Die NRWSPD sieht die
1946 Einrichtung eines „SPD-Wiki“ vor, „mit der Möglichkeit, gemeinsam Texte zu
1947 erstellen und zu diskutieren“ sowie eines „Beschlusswiki, um getroffene
1948 Entscheidungen nachvollziehbar und so weiter nutzbar zu machen“.⁸

1949 Die Einrichtung eines solchen Portals bzw. Wiki ist sowohl technisch simpel als auch
1950 besonders kostengünstig. Auf diese Weise kann zum einen die oft monierte Email-
1951 Flut minimiert und die **Auffindbarkeit von Informationen** deutlich erleichtert
1952 werden. Zum anderen kann im Rahmen eines Wiki die innerparteiliche
1953 **Willensbildung zu vielfältigsten Themen** besonders gefördert werden.

1954

1955 **Zu II. 2. Wahllisten**

1956 Allen zugelassenen KandidatInnen muss im innerparteilichen Wettbewerb
1957 **Chancengleichheit** gewährt werden. Die Anordnung von Nominierungen anhand
1958 einer alphabetischen Reihenfolge ist das **objektivste Kriterium**, um die
1959 Chancengleichheit aller KandidatInnen zu gewährleisten. Durch die Auflistung nach
1960 anderen Kriterien, wie etwa nach Maßgabe der Nominierenden, droht hingegen eine
1961 Verzerrung der Chancen.⁹

⁸ „Gemeinsam neue Wege finden – die SPD als modernste der Parteien“, Zeilen 263 ff.

⁹ Vgl. Auflistungen der Kandidaturen zum UBV 2017, abrufbar unter: http://koelnsdpd.de/wp-content/uploads/2017/02/170309MoPoExtra_Kandidaturen_neu.pdf.